

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Mittwoch, den 16. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

An die Landtagswähler des Fürstentums Lübeck.

Am 17., 18. und 19. September finden die Wahlen der Wahlmänner statt, welche das Recht und die Aufgabe haben, Abgeordnete zum gesetzgebenden Körper für das Großherzogtum Oldenburg zu wählen. Die Wahl der Abgeordneten findet am 13. Oktober statt.

Diese indirekte, durch Wahlmänner — Vertrauensmänner — vorgenommene Wahl der Volksvertreter für das Oldenburger Landesparlament ist so recht geeignet, die Interesslosigkeit der Wählerkreise, welche sich sonst nicht politisch betätigen, zum Ausdruck zu bringen und Interessentklagen die Wahl zu überlassen, die dann auch die Wahl nur nach dem Interesse der herrschenden Klassen betreiben. Diese Interesslosigkeit hat auch in manchen Gegenden des Landes die Arbeiterkreise ergriffen, die doch wahrlich alle Ursache haben, besonders jetzt um die Wahl sich zu kümmern, sich an ihr zu beteiligen, eigene Wahlmänner und eigene Kandidaten aufzustellen. Der Eckstein für ihr politisches Streben muß immer und überall die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sein. Darin müssen sich ihnen alle selbständigen Kleinbürger und Kleinbauern, die im Grunde selbst Arbeiter sind, anschließen. Die Interessen der Arbeiter sind auch ihre Interessen, die politischen und sozialen Ideale der Arbeiter müssen auch ihre Ideale sein.

Bei den bevorstehenden Landtagswahlen sind drei Forderungen oder Zielepunkte aufzustellen und festzustellen und die Abgeordneten darauf zu verpflichten. Es sind dies:

1. Die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, wie es bei der Wahl zum Reichstag besteht, für die Wahl zum oldenburgischen Landtag, mindestens aber die Wiederholung der Beschlüsse des letzten Landtages betreffend die Wahlreform;

2. Die Schaffung eines Schulgesetzes, welches gewährleistet: die Erweiterung der Lehrziele der Volksschule, die denkbar möglichst und notwendige Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassen, die Beseitigung des konfessionellen Charakters der Volksschule, mindestens die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht, eine größere Selbstverwaltung der Schulverbände, die Schaffung leistungsfähiger Schulverbände und die Gleichstellung der Volksschullehrer mit den Staatsbeamten in jeder Hinsicht;

3. Die rasche Ausgestaltung der Steuerreform nach der Richtung, daß die Staatsbürger mit geringem Einkommen wirklich entlastet und die Staatsbürger mit hohem Einkommen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden. Dies soll geschehen durch Freilassung der Einkommen bis 700 Mark von der Einkommensteuer, Ermäßigung der Steuersätze und größere Berücksichtigung der Kinderzahl der Steuerzahler mit Einkommen bis 3200 Mark.

Wähler, Arbeiter und Bürger! Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben schon im letzten Landtage diese Forderungen am entschiedensten vertreten. Sie haben allein dagegen protestiert, daß die Einschränkungen, welche in der Wahlreformvorlage an dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gemacht worden sind, sich gegen die Arbeiter richten. Sie werden im neuen Landtage auch gegen diejenigen am entschiedensten auftreten, welche die Wahlrechtsreform noch mehr verschlechtern wollen.

Wähler! Die Wahlrechtsreform ist in Gefahr! Die Scharfmacher unter den Agrariern und unter den nationalliberalen Großkaufleuten und Industriellen wollen das Mehrstimmenrecht einschmuggeln; sie wollen aus Bildung Halbbildung und aus Besitz ein Wahlrechtsprivilegium machen. Sie wollen diesen Glücklichen zwei, drei oder gar vier Stimmen zugestehen, dem einfachen Mann, dem Besitzlosen, der aber neben seinem Kampf um die Existenz in der Hauptsache durch seine Zahl die Mittel aufbringt für die Erhaltung des heutigen Staates, nur eine Stimme gewähren neben der Ungerechtigkeit, daß er drei Jahre im Lande wohnen und Steuern zahlen soll, ehe er das Wahlrecht ausüben kann.

Wähler, Arbeiter und Bürger! Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind am entschiedensten für eine Verbesserung der Volksschule, für deren Befreiung von der Herrschaft der Geistlichkeit eingetreten.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben durch die Einbringung von wohl durchführbaren Anträgen mit der Tat eine wirkliche und durchaus gerechtfertigte

Entlastung der unteren Steuerstufen herbeizuführen gesucht. Nicht ihre Schuld, sondern die Schuld der bürgerlichen und bäuerlichen Abgeordneten ist es, daß die Entlastung nur eine geringfügige geworden ist.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind eingetreten für die von der Regierung verlegte Gleichberechtigung aller Staatsbürger, welche in der Nichtbestätigung von Sozialdemokraten für kommunale Ämter liegt. — Die liberalen Abgeordneten hingegen haben die Verletzung dieses Grundgesetzes einer liberalen Staatsauffassung gebilligt und kein Wort der Kritik gefunden.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben für die Angestellten und Arbeiter in den Staatsbetrieben (Eisenbahnverwaltung), sofern sie 18 Jahre alt geworden und vollwertige Arbeit leisten, einen Minimallohn von 3 Mark pro Tag verlangt. — Die liberale Mehrheit der Landtage hat dieses Verlangen schroff abgelehnt. Sie hat trotz dem heutigen Stand der Sozialpolitik den Manchestergrundsatz aufgestellt, daß die Staatsverwaltung je nach dem Stand von Angebot und Nachfrage menschliche Arbeitskraft kaufen soll, selbst für einen Preis, um welchen der Besitzer der Arbeitskraft kaum imstande ist, sich selbst, noch viel weniger eine Familie zu ernähren.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben in Übereinstimmung mit den Ansichten der Regierung versuchen wollen, durch Schaffung eines modernen Berggesetzes die Bodenschätze des Landes der Allgemeinheit nutzbar zu machen und das Privilegium des Grundbesitzes, das Zufall und Geburt verleiht, auch den Besitz dieser Schätze zu beseitigen. Es ist weder ihnen noch der Regierung gelungen. Die liberale Mehrheit hat in ihrem kapitalistischen Fühlen und Denken die Bodenschätze für die privaten Besitzer der Erdoberfläche reklamiert und das ungerichte Privilegium der Privatbesitzer an den Bodenschätzen aufrecht zu halten gekämpft.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im letzten Landtage den Versuch unternommen, Regierung und Landtag für eine Reform der Gemeindeverfassung in ihren widerspruchsvollsten und unhaltbaren Bestimmungen zu interessieren. Die liberale Mehrheit hat diesen Versuch für strafbar erklärt, indem sie durch stummes, rücksichtsloses, einfaches Niederstimmen einen dahin zielenden Antrag garricht zur Verhandlung kommen ließ.

Die liberale und agrarische Mehrheit des Landtages hat zur weiteren Verewigung der Privilegien des Grundbesitzes der Wertzuwachssteuer eine Gestalt gegeben, sodaß sie ihren Zweck nicht erfüllt und die Steuer den Besitzern mühelosen unerdienten Mehrwertes und Wertzuwachses nicht wehe tut.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten stets als Richtschnur für ihr Handeln ihr Programm, die hohen Ideale der Demokratie und der Sozialgerechtigkeit. Das Gesamtwohl, das Wohl des Volkes, von dem neunzig Prozent schwer arbeitende, mit Sorgen um das tägliche Brot belastete Menschen sind, zu fördern war ihr Bestreben, der Beseitigung der Privilegien des Besitzes, der Geburt und des Standes galt ihr Kampf!

Die liberale und agrarische Mehrheit des Landtages hat den grundsätzlichen Boden des Liberalismus nur zu oft und mit leichtem Herzen bei ihrem Tun verlassen, die Privilegien des Besitzes, der Geburt und des Standes nicht nur nicht beseitigt, sondern noch vertieft.

Wähler, Arbeiter, Bürger! Bei solchen Tendenzen sind großartige Reformen unmöglich, ist die Wohlfahrt aller Staatsbürger nicht herbeizuführen und die Rechtsgleichheit ist fortwährender Verletzung ausgesetzt. Wer aber die Grundsätze der Demokratie, der Selbstverwaltung des Volkes, die Grundsätze einer die wirtschaftlichen Privilegien ausschaltenden Sozialgerechtigkeit als leitende für die Parlamentstätigkeit der Volksvertreter hingestellt und besorgt wissen will, der wähle bei den Wahlmännerwahlen am 17., 18. und 19. September nur sozialdemokratische Wahlmänner und am 13. Oktober nur sozialdemokratische Abgeordnete.

Auf zur Wahl, auf zum Sieg!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Fürst Bülow und das Tabakmonopol.

Der Reichskanzler hat sich in Norderny mit dem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“, Sigmund Münz, über das Tabakmonopol und über sein altersschwaches Reitspferd „Hans“ unterhalten. Was der Kanzler über seinen Gaul sagte, behält Schmock für sich. Aber das Tabakmonopol soll der Kanzler gesagt haben: „Man muß es tief bedauern, daß Fürst Bis marck, der es so gern gewollt hätte, nicht imstande war, das Tabak-

monopol durchzuführen. Sicher wäre in Deutschland dem Staate daraus eine Einnahme von vier- bis fünf-hundert Millionen Mark erwachsen. Wie viele gute Sachen hätten sich mit diesem Gelde für Deutschland machen lassen. Eine solche Summe scheint mir nicht zu hoch gegriffen. In Frankreich bringt das Tabakmonopol wohl dreihundert Millionen. Aber Frankreich hat keine so starke Bevölkerung, dazu raucht der Franzose nicht so viel wie der Deutsche; dann ist er ja, was ihm übrigens zum Lobe gereicht, sparsamer als der Deutsche.“ In den Augen Bülow mangelt es sonach dem deutschen Volk am nötigen Sparsamkeitssinn und vermutlich daraus leitet er die Notwendigkeit her, dem deutschen Volke neue indirekte Steuern aufzuhalsen.

Der Liberalismus und die Lehrer.

Zu der materiellen Not des Gros der Volksschullehrer gesellt sich der Geisteszwang und namentlich die preussischen Lehrer wissen ein Liedchen davon zu singen. Zwar sagt die preussische Verfassung: Jeder Preuze hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern; wie diese Meinungsfreiheit aber in Wirklichkeit aussieht, ist hinlänglich bekannt. Diese materielle und geistige Misere der preussischen Volksschullehrer und ihre unausbleibliche Rückwirkung auf die Volksschule wird in einem Artikel des liberalen „Leipziger Tageblattes“ treffend dargelegt und unter anderem festgestellt, daß nach der Statistik vom 20. Juni 1906 321 Lehrer bis höchstens 750 Mark, 8311 bis höchstens 1000 Mark, 7247 bis höchstens 1200 Mark und 10 831 bis höchstens 1500 Mark Diensteinkommen hatten. Also 27 089 Lehrer, oder fast ein Drittel aller preussischen Volksschullehrer hatten bis höchstens 1500 Mark Diensteinkommen. „Es bedarf keiner langatmigen Auseinandersetzungen“ — heißt es dann in dem Artikel —, „um darzutun, daß eine Volksschule, deren Lehrkräfte so unzureichend besoldet werden, nichts Vollendetes leisten kann. Denn natürlich wenden sich diejenigen jungen Leute, die im Leben vormärts kommen wollen, einem Beruf zu, der ihnen bessere Aussichten bietet. Der Gedanke, in einem abgelegenen Dorf alle Bildungsquellen und alle ästhetischen Genüsse zu entdecken, in sozialer Abhängigkeit von einem „Patron“ und unter der steten Bevormundung des Ortsgeistlichen zu leben, zudem aber dieses Leben nur notdürftig fristen zu können, ist für strebsame und energische Menschen keineswegs verlockend. Es ist unvermeidlich, daß die besseren Elemente sich anderen Berufen widmen werden, solange dem Lehrer nicht eine einigermaßen befriedigende materielle Lage gesichert ist.“ Es heißt dann weiter: „Mit dieser materiellen Hebung des Standes muß dann freilich auch noch eine soziale und moralische „Standeserhöhung“ verbunden sein. Die fachmännische Schulaufsicht muß überall durchgeführt werden, und es muß der politische Gesinnungszwang aufhören, der jetzt gegen die Lehrer geübt wird.“ Das klingt sehr radikal und ist doch nichts als eine hohle Phrase denn nur ein paar Zeilen weiter heißt es: „Selbstverständlich gibt es für die politische Betätigung des Lehrers eine Grenze. Der Staat kann seitens seiner Lehrer keine sozialdemokratische Propaganda dulden; er kann nicht zugeben, daß die Lehrer ein Geschlecht heranziehen, das den Staat und seine wichtigsten Institutionen negiert. Hier beginnt der innere Widerspruch.“ Wenn dem Lehrer jedoch nicht nachgewiesen werden kann, daß er den Unterricht zu einer staatsfeindlichen politischen Agitation ausnutzt, so ist es selbstverständlich, daß er wegen außerdienstlicher Betätigung seiner politischen Gesinnung nicht bestraft werden darf.“ Das ist recht liberal! Hier zeigt sich der verlumpte Liberalismus wieder mal im schönsten Lichte. Wir fordern die politische Betätigungsfreiheit auch für die Lehrer, schreit er, aber nur, soweit sie uns (als Blockgenossen) in den Kram paßt. Die Lehrer können daran erkennen, was sie vom Liberalismus zu erwarten haben.

Soffen und Harren.

Nach Abhaltung zweier Kaiserparaden und Beendigung der Kaisermander und nach einigen Automobilausflügen in das Elß hat der Kaiser die Reichslande wieder verlassen. Am Freitag besuchte er nochmals die prächtigen Gegenden um Rappoltsweiler, Münsingen und Colmar. Hier empfing ihn an der Spitze des Gemeinderats Bürgermeister Blumenthal, der einst so gefeierte Demokrat mit einer demutvoll-ervolten Anrede, in der es u. a. hieß: „Wollen Eure Majestät gnädigst gestatten, daß ich Allerhöchstdieselbe . . . ehrerbietig und herzlich willkommen heiße . . . Ähnlich den Bodenerzeugnissen unseres rebenbekränzten Landes, welche bei sachkundiger Pflege mit herzerfreuender Gabe lohnen, sind auch die Bewohner unserer weinstöcklichen Gegend für eine gütige und verständnisvolle Behandlung empfänglich und dankbar.“

Wir geben uns der frohen Hoffnung hin, daß Eure Majestät den Eindruck mitnehmen möge, daß auch wir Oberländer brave Leute sind. . . . Kein Wort von dem Recht des Volkes. Güte für „brave Leute“ erhofft ein „Demokrat“ vom Monarchen. An Mut fehlt es dem „Demokraten“, an die Verfassungs- und Wahlrechtslosigkeit des elsäß-lothringischen Volkes zu erinnern, demselben „Demokraten“, der im Landesauschuß mit gutgepielter Entrüstung so oft das Wahlrecht für den Landesauschuß forderte. Der Männerstolz vor Königsthronen war verschwunden, als Majestät vor dem „Demokraten“ stand. Nur noch Gnade und Güte ersehnte dieser. Die Antwort fiel denn auch danach aus. Viele Worte ohne größere Bedeutung. Die Hoffnung der monarchisch gesinnten Kreise auf eine Rundergebung des Monarchen zugunsten einer Verfassung für Elsaß-Lothringen sind wieder einmal gewaltig getäuscht worden. Hoffen und Harren. . . .

Sinen schönen Sieg

haben gestern unsere Parteigenossen bei der Reichstagswahl in Speyer-Ludwigshafen errungen, wo es galt, das Mandat unseres viel zu früh verstorbenen „Pfalzgrafen“ Ehrhart zu besetzen. Nach den bisherigen Ergebnissen erhielt Genosse Binder 21 837, der Nationalliberale Buhl nur 12 607 Stimmen, sodas unser Kandidat mit großer Mehrheit gewählt worden ist. Eine bessere Ehrung konnten die Pfälzer Genossen ihrem verstorbenen Führer nicht zuteil werden lassen. Bei der letzten Reichstagswahl erhielt Ehrhart 18 539, der Nationalliberale 13 708, der Zentrumsmann 8169 Stimmen. In der Stichwahl siegte unser Genosse dann mit 21 826 Stimmen gegen den Nationalliberalen, der 15 794 Stimmen erhielt. Gestern hat also Genosse Binder im ersten Wahlgang noch einige Stimmen mehr erhalten, wie Ehrhart in der Stichwahl. Bravo!

Zur Wahl im zweiten Braunschweiger Wahlkreise.

Am 11. September stattgehabten Reichstagswahl im 2. Braunschweiger Wahlkreise wurden insgesamt 24 527 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Hofbesitzer Kleye-Serheim (N.L.) 11 422, Maurer Rieke-Braunschweig (S.D.) 7190, Notar Wedekind-Braunschweig (Braunschw. Landes-Rechtspartei) 5912 Stimmen, zerstückelt 3 Stimmen. Es hat also Stichwahl zwischen Kleye und Rieke stattgefunden.

Über die Reform der Arbeiterversicherung

und den Stand der gesetzgeberischen Arbeiten auf dem Gebiete des sozialen Versicherungswesens erzählt die „Hartung'sche Zeitung“ zuverlässig, daß die Arbeiten für die Vorbereitung der Reform der 3 Arbeiterversicherungs-gesetze so weit fertiggestellt worden sind, daß die betreffenden Gesetzentwürfe in der bevorstehenden Session an den Reichstag gelangen. Die Regierung legt Wert darauf, daß die Beratung im Reichstag so bald wie möglich beginne; sie wird eventuell, wenn sich die erste Beratung der Gesetzentwürfe bis zum Frühjahr hinziehen sollte, darauf bestehen, daß die Kommissionsverhandlungen wie beim Solltarif, im Sommer fortgesetzt werden. Die Reform der Arbeiterversicherungsgesetze soll gleichzeitig mit der Einführung der Witwen- und Waisenversicherung erfolgen. Es liegt der Reichsregierung daran, daß der für das Inkrafttreten dieser Versicherung im Solltarif in Aussicht genommene Termin — 1. Januar 1910 — unter allen Umständen eingehalten wird. Was die Pensionsversicherung der Privatangestellten betrifft, so erwartet die Regierung zunächst noch die Rücküberlegungen aus den Kreisen der Beteiligten. Sie ist aber, so wird versichert, grundsätzlich auch zur Einführung dieser Versicherung bereit, und bearbeitet die Angelegenheit fortgesetzt weiter.

Interessenpolitiker.

Die Deutsch-Marokkanische Gesellschaft hat, wie wir der „Berliner Börsenzeitung“ entnehmen, an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, worin sie der Erwartung Ausdruck gibt, daß an die Anerkennung Marokkos als unabhängiges und unerschütterliches und unberechtigtes Bedingungen Frankreichs entschlossen auf das richtige Maß zurückgewiesen werden, und kündigt an, daß sie mit anderen, gleichstrebenden Körperschaften in Deutschland forsuhren wird, Handel, Industrie und Landwirtschaft auf der hohen, historischen Kulturwert Marokkos hinzuweisen und der wirtschaftlichen Erschließung dieses reichen, zu allen Zeiten unparthenen, aber immer selbstständig geliebten Landes die Wege zu ebnet. Das ist eine ganz gewissenlose Hehe, deren Befolgung Deutschland in Verwicklungen in ganz unabsehbarem Umfang bringen würde. Die Deutsch-Marokkanische Gesellschaft ist eine Interessengruppe, die die französische Konkurrenz in Marokko gerne los sein möchte. Damit einer Handvoll Kapitalisten der Weg gebahnt wird, auf dem sie Reichthümer zu erwerben hoffen, soll Deutschland direkt in einen Konflikt mit Frankreich hineingetrieben werden. Man wird zunächst abwarten müssen, wer diese anderen, gleichstrebenden Gesellschaften sind, auf deren Unterstützung man rechnen.

Das Publikum muß geschöpft werden.

Die Klage der Bierbrauereien geht dahin, daß die letzte Brauenerhöhung nicht auf die Konsumenten abgewälzt werden konnte. Die „Berliner Börsenzeitung“ kommt darauf zurück und führt dann aus: „Wenn dagegen jetzt wirklich ein Besteuerungsmodus gefunden und als gangbar erkannt werden sollte, um unter Schonung jener Gewerbe allein und ausschließlich den Konsum zu belassen, so würde das ja allerdings für die betreffenden Gewerbe die Situation verändern. Hierin hat man wohl die Erklärung dafür zu suchen, daß einseitigen sich eine scharfe Opposition von dieser Seite her noch nicht hervorgewagt hat, vielmehr eine endgültige Stellungnahme bis zum Bekanntwerden der Detailvor schläge verlagert zu sein scheint.“ Die Brauereien dürfen das Vertrauen zu Herrn Sydow haben, daß er die Brauereierhöhung in die Höhe schrauben wird, daß sie reflex auf die Konsumenten abgewälzt werden kann. Die Regierung wird die Steuer wieder mit den hohen Gewinnen der Brauereien begründen, die aber wegen der

Möglichkeit der Abwälzung der Steuer wenig oder garnicht getroffen werden.

Landwirtschaftlicher Unterricht in der Kaserne.

Die Verhandlungen wegen Einführung dieses Unterrichts in den Kasernen sind nunmehr abgeschlossen und schon in der allernächsten Zeit kann die Erziehung der Soldaten zu Landarbeitern beginnen. Dem Unterricht in der Kaserne, der in die Wintermonate fällt, sollen im Sommer Demonstrationen und Experimente in freier Felde angefügt werden. — Der beste Beweis, daß die Dienstzeit der Soldaten viel zu lang ist und dringend eine erhebliche Verkürzung erheischt.

Vom herrlichen kolonialen Kriegsheer.

Der „Voss. Ztg.“ wird aus Antwerpen vom 12. September geschrieben: „Gestern traf hier der Dampfer „Bürgermeister“ von der Deutschen Ostafrika-Linie ein. Er hatte den deutschen Kolonialstaatssekretär Dernburg und einen Transport aus Südwestafrika zurückkehrender deutscher Soldaten an Bord. Nach der Anzahl zu schließen, die hier betrunken auf den Straßen herumtorkelten, müssen es mehrere hundert Mann gewesen sein. Seit Ausbruch des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika haben wir Deutschen in Antwerpen uns schon manchmal schämen müssen, wenn Angehörige unserer Armee, auf die wir so stolz sind, in zerlumpten Uniformen durch die Straße wanderten. Der Zustand ist zu Ende und die Militärverwaltung hat doch sicherlich nunmehr Uniformen genug, um die Soldaten so zu kleiden, daß sie sich mit Anstand sehen lassen können. Wenn aber keine Uniformen da sind, dann darf man die Leute im Auslande nicht in der Verfassung in Städte gehen lassen, wie wir es leider gestern wieder erleben mußten. Vom frühen Morgen an liefen in allen Straßen und Winkeln deutsche Kolonialsoldaten in nicht passenden, alten und vor allem so schmutzigen Uniformen herum, daß die Leute kopfschüttelnd stehen blieben und ihnen nachsahen. Am Mittag sah ich einen völlig betrunkenen Soldaten mit einem Dämchen, das er zärtlich umschlungen hielt, über die Place Verte fahren und am Nachmittag drei deutsche betrunkene Soldaten mit zwei Seelenten, die mit wehender deutscher Fahne durch die Hauptstraßen fuhren. Gegen Abend stieß ich zweimal auf so sinnlos betrunkene Schutztruppensoldaten, daß ihnen große Kinderwagen johlend folgten. Einen anderen Soldaten sah ich, sich auf den Boden wälzen. Als ein belgischer Infanterist sich seiner kameradschaftlich annehmen wollte, wurde ihm seine Freundlichkeit durch einen Faustschlag gelohnt. Ein anderer deutscher Soldat verfehlte in der Trunkenheit den Zugang zu seinem Schiff, fiel in die See und mußte von Hafenzöllnern herausgefischt werden. Wie ich höre, sollen in der Nacht auch drei militärische Strafgefangene vom Schiffe ausgebrochen und desertiert sein.“ — Wenn man sich erinnert, in welcher Weise seinerzeit die englischen Truppen, die den Burenkrieg mitgemacht hatten, als „vertierte Söldlinge“ usw., als eine Horde von entmenschten Trunkenbolden dargestellt wurden, die das englische Kriegskommissariat nicht einmal einer halbwegs anständigen Kleidung wert halte — wenn man sich alles dessen erinnert, so wird man den Schmerz begreifen, den jetzt die kolonialbegeisterte „Voss. Ztg.“ über die Streiche von „Südwestafrikanern“ und ihr Aussehen empfindet. Uns drängt sich, wenn wir den Antwerpener Bericht lesen, der Gedanke auf, wie es wohl in Afrika bei der „Kulturverbreitung“ herging.

Pack schlägt sich — Pack verträgt sich.

Auf dem heftigen nationalliberalen Parteitag erklärte der Abg. Osann, daß durch das Wahlbündnis mit dem heftigen Zentrum an der Haltung der Nationalliberalen dem Zentrum gegenüber im Reichstage nichts geändert wird. — Nationalmiserable Logik!

Blockbrüder unter sich.

Liebermann v. Sonnenberg, der Leuchteste aller Leuchten, charakterisiert in seinen deutsch-sozialen Blättern seine freisinnigen Blockbrüder so: „Soziales Gefühl, Nationalstolz und Finanzpolitik, das sind die drei Hauptstellen, wo der Freisinn sterblich ist, heute, in den Tagen des Alters, wie in seiner Jugend. Schon sind an dem Lindwurm die Spuren des Alters und des Verfalls zu entdecken, möge dem giftgeschwollenen Ungeheuer bald der Gnadenstoß gegeben werden.“ Der Einigkeit tun solche Beweise brüderlicher Freundschaft natürlich keinen Abbruch.

Landtagsabgeordneter Hilke.

In Dortmund ist der Landtagsabgeordnete und frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hilke gestorben. Der Verstorbenen war der Typus eines parlamentarischen Vertreters des Großkapitals. Seine Aufgabe war, die Interessen des rheinisch-westfälischen Großkapitals zu vertreten und das hat er in der rückständigsten Weise getan. Damit war auch seine Stellung zu Arbeiterfragen gegeben — ein Reaktionär vom Scheitel bis zur Sohle.

Neue Kolonialforderungen.

Im neuen Kolonialetat werden die Mittel gefordert für eine Polizeitruppe, die auf den Admiralitätsinseln stationiert werden soll.

Liberaler Schmerzen.

Im Oktober heiratet einer der Söhne Wilhelms II. und wie üblich hält die Braut am Tage vorher ihren Einzug in Berlin, wobei sie der Oberbürgermeister von Berlin am Brandenburger Tor zu begrüßen hat. Von liberaler Seite war behauptet worden, es sei nicht angebracht, den Oberbürgermeister am Rutschenschlag dienern zu lassen. Das gibt der freund-nachbarlichen „Post“ Anlaß, den Liberalen Laktlosigkeit vorzuwerfen, indem das Blatt sagt:

„Dem unvoreingenommenen Beobachter wird bei der Beglückung am Brandenburger Tor noch nie die von der liberalen Presse so karikiert dargestellte angebliche Würdelosigkeit des Berliner Oberbürgermeisters aufgefallen sein. Im Gegenteil, die Vorgänger des Herrn Kirchner wie dieser selbst haben es stets verstanden, sich ihrer Aufgabe mit Würde zu unterziehen. Und die Würde des freien Mannes adelt jede seiner Handlungen.“

Wir verstehen die Entrüstung dieser Pseudo-Liberalen auch nicht. Schließlich ist das Kompliment, das der Oberbürgermeister von Berlin am Wagen der Prinzessin macht, eben weil er dazu gezwungen ist, lange nicht so schlimm, als es die Schuhpugeter sind, die der Sozialismus der Regierung leistet.

Osterreich-Ungarn.

Es bleibt bei der Klassenvertretung! Der österreichische Ministerpräsident Beck erklärte gegenüber einer sozialdemokratischen Deputation, daß die interministeriellen Verhandlungen über die böhmische Landtagswahlreform demnächst abgeschlossen würden. Die Regierung halte am Prinzip der Interessenvertretung fest und werde sich davon auch durch Demonstrationen nicht abbringen lassen. Eine neue Kurie soll geschaffen und bloß den bisher vom Wahlrecht Ausgeschlossenen vorbehalten werden. Diese Kurie werde 43 Mandate statt 36 enthalten, welche die seinerzeitige Regierungsvorlage der allgemeinen Kurie zuwies.

Rußland.

Die Cholera in St. Petersburg. Die soeben veröffentlichten noch unvollständigen Meldungen ergeben ein schnelles Wachstum der Petersburger Choleraepidemie. Von Montag mittag bis Dienstag mittag sind an der Cholera 240 Personen erkrankt; 60 starben. Die Gesamtzahl der Choleraerkrankten beträgt 515.

Neue Räuberzügen. Aus Tiflis wird gemeldet: Auf dem Wege Vorshom-Achalzich überfiel eine Räuberbande eine von sieben Kosaken und zwei Polizeifeldaten begleitete Geldpost. Durch drei geschleuderte Bomben und durch Gewehrschüsse wurden drei Kosaken getötet, einer verwundet, doch gelang es, zwei Räuber zu erschließen und die übrigen in die Flucht zu schlagen, wodurch die Post gerettet wurde. Zur Verfolgung der Räuber wurden eine Kompanie Infanterie und eine Kosakenjotnie aufgeboden.

Marokko.

Die militärischen Operationen gelten als beendet. Die Truppen werden vom 23. bis 26. September abteilungsweise nach Colomb Bechar zurückkehren.

Dem Parteitag in Nürnberg

sind folgende Resolutionen unterbreitet worden:

Resolution zu:

Resolution zur Budgetbewilligung.

Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden, die aussprechen: daß der Staat, so lange er sich in den Händen der besitzenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Volksklassen bildet, daß die politische Aufgabe des proletarischen Kampfes die Eroberung der Staatsgewalt durch Überwindung der Gegner ist, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgestellt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.

Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der besitzlosen Volksmassen, die eine unveröhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrücklich darüber aufzuklären, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.

Partei Vorstand und Kontrollkommission.

Resolution zur Reichsfinanzreform.

Die den materiellen Interessen der besitzenden und herrschenden Klassen dienende, die Arbeiterklasse schwer schädigende und den Weltfrieden bedrohende Militär-, Marine- und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches führt zu ununterbrochen steigenden Ausgaben, deren Deckung bei dem jetzt geltenden Steuersystem nicht zu erlangen ist. Trotzdem seit dem Jahre 1888, dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, die eigenen Einnahmen des Reichs von 821 Millionen Mark auf 1732 Millionen im Jahre 1907 gestiegen sind, ist in dem gleichen Zeitraum die Schuldlast des Reichs von 720 Millionen Mark auf 4300 Millionen angewachsen.

Die Steuern des Reiches sind ungerecht und unwirtschaftlich. Durch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden die ärmsten Klassen der Bevölkerung am schärfsten getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Millionen, die die Steuerzahler ausgeben, in die Reichskasse. Den größten Teil der durch Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, Garn-, Eisen- und andere sogenannte Schutzzölle auf Gebrauchsgüter der breiten Massen dem Volke abgenommenen Summen fließt in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die nur eine verhältnismäßig geringe Steuerquote für die Reichskasse leisten. Gesunde Finanzverhältnisse können nur geschaffen werden, wenn die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien herabgesetzt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Der Parteitag protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einführung neuer Steuern auf Massenverbrauchsartikel. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die dem russischen Steuersystem entlehnte Verbrauchssteuer auf Zigarren und Tabak sowie gegen die Erhöhung der Biersteuer. Ferner protestiert der Parteitag gegen Steuern auf Licht und Kraft (Petroleum, Gas, Elektrizität usw.)

Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Er fordert die Einführung einer stufenweise steigenden Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer durch Heranziehung aller größeren Erbschaften und Erhöhung der Steuerlast nach dem Umfange des Erbgesetzes und nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die erblichkeitssteuerliche Heranziehung des Erbgesetzes für Ehegatten und Kinder. Geyer.

„Sozialpolitik und der neue Kurs“.

Die technische Entwicklung der Industrie führt zur beschleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Kartellen und Syndikaten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Konventionen, Kartelle und Syndikate, die zur Trustbildung führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung.

Durch die Kartellbildung und die Gründung von Berufsgenossenschaften sind jene Unternehmerorganisationen gestärkt, die ihre Spitze gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und bestrebt sind, die Angestellten und Arbeiter völlig zu entzweien, um die Ausbeutung steigern zu können.

Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Anträge gestellt haben, deren Inhalte sie aus früher von Sozialdemokraten gestellten Anträgen entnehmen, haben weder die Fähigkeit noch den Willen, die in diesen Anträgen gestellten Forderungen durchzuführen.

Die Regierung hat durch die neuesten Entwürfe zur Gewerbeordnung und Arbeitsstammengesetz offen bekundet, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerspruch des Zentralverbandes deutscher Industrieller hervorruft.

Angesichts aller dieser Erscheinungen wird es notwendiger als je, daß das Proletariat alle seine Kräfte zusammenfaßt, um seine physische und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seines Berufs angehört. Ebenso notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlaments zur schleunigen Durchführung der im letzten Abschnitt unseres Parteiprogramms sowie der in der Münchener Resolution über die Arbeiterversicherung gestellten Forderungen.

Es ist ferner zu fordern:

1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.
2. Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw., gegen Angriffe durch Privatverträge. Verbot der Konkurrenzklause, Personalkonventionen und ähnlichen Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.
3. Sicherung des geistigen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.
4. Gesetzliche Vorschriften für sogenannte Wohlfahrtsvereine, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigentumsrecht der Angestellten und Arbeiter an den gezahlten Beiträgen sichergestellt wird.

M o l k e n b u r g.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 16. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Görner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhäuser, Grühmühle, Hafensstraße, Sietebau Markt, Katenhof bei Schwartzau. Als Akkordanten fungieren H. Mädel, Krempeldorfer Chaussee und Zabz, Werderstraße.

Achtung Bauarbeiter! über die Sietebauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten H. Mädel und J. Jabs im Fünfhäuser und über den Bau Hafensstraße (Grühmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Die dieswöchentliche Unterhaltungsbeilage, die am heutigen Mittwoch fällig ist, fällt wegen des umfangreichen Parteitagberichts aus.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Schleswig-Holstein-Lübeck. Am Sonntag, den 27. September, morgens 10 Uhr, findet im Weißen Saale der „Tonhalle“ in Neumünster die konstituierende Gauversammlung obigen Gaues statt. Der Schleswig-Holsteinische Arbeiter-Sängerbund „Solidarität“ und der Kieler Arbeiter-Sängerbund lösen sich auf und bilden in Zukunft gemeinsam den Gau Schleswig-Holstein-Lübeck des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, der mit 43 Vereinen und etwa 1150 Sängern ins Leben treten wird. Da in der Provinz als auch in Lübeck noch eine ganze Anzahl weiterer Arbeitergesangsvereine vorhanden ist, deren Anschluß an den Gau ebenfalls erwünscht wäre, werden diese ersucht, den Gau ebenfalls durch Delegierte zu beschicken.

Briefe mit Geschäftspapieren. Von der bequemen und billigeren Beförderungsgelegenheit sogenannter „Geschäftspapier“ wird verhältnismäßig recht selten Gebrauch gemacht. Geschäftspapier sind wie Drucksachen offen und frankiert zu versenden. Das Franko beträgt bis 250 Gramm nur 10 Pf., bis 500 Gramm 20 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 30 Pf. Als Geschäftspapier sind zugelassen: alle Schriftstücke und Urkunden, ganz oder teilweise mit der Hand geschrieben oder gedruckt, welche nicht die Eigenschaft einer eigentlichen und persönlichen Korrespondenz haben, wie Prozessakten, von öffentlichen Beamten aufgenommene Urkunden jeder Art, Frachtbriefe oder Ladescheine, Rechnungen, Quittungen auf gestempelt oder ungestempelt Papier, die verschiedenen Dienstspapier der Versicherungsgesellschaften, offene Briefe und Postkarten älteren Datums, die ihren ursprünglichen Zweck erfüllt haben, Abschriften oder Auszüge außergerichtlicher Verträge, gleichviel, ob auf gestempelt oder ungestempelt Papier geschrieben, handschriftliche Partituren oder Notenblätter, die abgefordert versandt Manuskripte von Werken oder Zeitungen, korrigierte Schülerarbeiten mit Ausschluß jeglichen Urteils über die Arbeit, unkorrigierte Schülerarbeiten, Militärpässe, Lohn-, Dienst- oder Arbeitsbücher, Zeugnisse, Zeitungen usw. — Die offenen Briefe mit derartigen Inhalt müssen in der Aufschrift mit der Bezeichnung „Geschäftspapier“ versehen werden. Andere schriftliche Mitteilungen dürfen solchen Sendungen nicht beigelegt werden.

Die Untersuchung wegen der Diebereien im Holstenhaus erstrecken sich jetzt schon auf 17 Personen, nachdem gestern wieder vier Verkäuferinnen des Diebstahls überführt worden sind. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Von den beiden verhafteten Abteilungsleitern ist einer vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Offentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat August 1908: Ochsen 43, Bullen 120, Kühe und Stieren 881; fette Kälber 462, magerne Kälber 332, Lämmer 1, Ziegen 20, Schweine 2776, Schafe 772, Pferde 30, zusammen 5386 Tiere. Beanstandungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper; gänzlich vernichtet: 2 Kühe wegen wässriger Beschaffenheit des Fleisches, 2 Kühe wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung, 1 Kuh wegen eitriger Blutvergiftung, 1 Kuh wegen Geruchsabweichung des Fleisches, 3 Schweine wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung, 1 Schwein wegen wässriger Beschaffenheit des Fleisches, 1 Schwein wegen hochgradiger Abmagerung in

folge Druckbrands, 1 Kalb wegen Dungenentzündung mit hochgradiger Abmagerung, 1 Kalb wegen jauchiger Blutvergiftung, 2. Im Dampfdesinfektor getödtet: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 3 Schweine wegen Tuberkulose mit ausgebreiteten Eimergeschwüren, 2 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Schweineflechte, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose, 3. Auf der Freibrust verkauft: 1 Kuh wegen Abmagerung, 3 Schweine wegen Gelbfärbung, 1 Schwein wegen Kalkablagerung, 4 Kälber wegen mangelhafter Entwicklung. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 1951 einzelne extrahierte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 1425 Kilogr. Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthof untersucht. Hieron wurden beanstandet: 2 Rinderlungen wegen Schinococci, 1 Rinderleber wegen Leberegel.

Die Zeit der Obsternte bietet wieder Gelegenheit, alt und jung auf die mannigfachen Gefahren aufmerksam zu machen, die bei unvorsichtigem Genuß des Obstes in so verschiedener Gestalt drohen und zur Vorsicht mahnen. Es soll zunächst darauf hingewiesen werden, wie verderbenbringend die Unsitte ist, unmittelbar nach dem Genuß frischen Obstes Wasser zu trinken. Eltern sollten ihre Kinder auf das strengste in dieser Beziehung beobachten. Eine weitere Gefahr liegt in der Gewohnheit, das Obst mit der Schale zu verzehren. Abgesehen davon, daß es nicht appetitlich ist, die Schale, die so viele Hände berührt, zu verschlucken, so ist dies auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus verwerflich. Sehr oft befinden sich an den Schalen der Früchte kleine Pilzgebilde, die unter Umständen der Gesundheit recht gefährlich werden können. Es sei deshalb empfohlen, das Obst durch Abwaschen oder Abreiben von der Pilzbildung zu befreien.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 15. Septbr., morgs. 6 Uhr: Wasser 12, Luft 9; 10 Uhr: Wasser 13, Luft 13; mittags 12 Uhr: Wasser 13 1/2, Luft 14; abends 6 Uhr: Wasser 13 1/2, Luft 12 Grad Celsius.

Im Variete-Unterium, Vettergrube, hat morgen, Donnerstag, der beliebte Artist Anton Puls seinen Vorstellungabend. Außer den renommierten Künstlern und Künstlerinnen wirkt auch das norddeutsche Männerquartett mit. Ein volles Haus dürfte wohl mit Sicherheit zu erwarten sein.

Sanathheater. Man schreibt uns: Ab heute wird die neueste Posse, 2 zu 5, gegeben. Diefelbe gelangt nur 5mal zur Aufführung. Sonntag finden wieder zwei Vorstellungen statt. Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen große Fremdenvorstellung. Vielseitigen Wünschen entsprechend wird nochmals die urkomische Bauernposse „Eine Spritztour nach Berlin“ zur Aufführung gelangen. Abends punkt 8 Uhr geht die Posse „2 zu 15“ zum letzten Male über die Bretter.

Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Verst Euch bei Euren Einkäufen auf die Anzeigen im

„Lübecker Volksbote“

Damit erweist Ihr dem mit Eurem Gelde geschaffenen Kampforgane eine wirksame Unterstützung!

Schwartau. Der berühmte Reichsverband als Helfershelfer der „nationalen“ Parteien bei der Landtagswahl. Schon die Tatsache, daß die sogenannten Liberalen mit den erreaktionären Bündlern bei der Landtagswahl im Fürstentum Lübeck gemeinsame Sache machen, zengt davon, auf ein wie beschämend niedriges Niveau herabzulande der Liberalismus gesunken ist. Etwas Unnatürlicheres wie das Bündnis von angehenden Wahlrechtsfreunden mit ausgesprochenen Wahlrechtsfeinden kann man sich nicht denken. Wie uns bekannt ist, wenden sich viele aufrichtig liberale Leute mit Groll von diesem Treiben ihrer angeblichen Führer ab. Um das Maß zum Überlaufen zu bringen, rufen jetzt die „nationalen“ Parteien sogar den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der auch nach Ansicht liberaler Leute, wie des Pfarrers Kroll, das politische Leben Deutschlands vergiftet, zur Hilfe. Ein kleiner Wanderapostel dieser Organisation, ein gewisser „Redakteur“ Sommerhoff aus Berlin, der von den Verhältnissen in Oldenburg so wenig kennt wie der Ochse von der Bibel, soll die Einwohnerschaft Schwartaus über das Thema „Sozialdemokratie und Landtagswahlen“ verköhlen. Wenn wir auch glauben, daß die Einwohnerschaft Schwartaus und des ganzen Fürstentums in ihrer großen Mehrheit sich nicht von Leuten düpiert läßt, die im politischen Leben sonst niemand ernst nimmt und deren Treiben von anständigen Politikern als forumpierend bewertet wird, so halten wir es doch für zweckmäßig, einmal offen auszusprechen, daß man gegenwärtig seitens der „nationalen“ Parteien bemüht ist, alle liberalen Grundzüge mit Füßen zu treten. So öffentlich erhalten die Reichsverbändler am Freitag die gebührende Antwort.

Schwartau. Wählerversammlung. In der Wählerversammlung, die gestern im Hotel zum Kronprinzen stattfand, führte der Landtagsabgeordnete Genosse Zeidler in seinem Referate „Liberalismus, Agrarier, Sozialismus und die Landtagswahlen“ den Anwesenden das Bündnis der Liberalen mit den Bündlern und die Folgen desselben für die Beschlässe des neuen Landtages vor Augen. Trotdem freie Redefreiheit gewährt wurde, war kein bürgerlicher Gegner erschienen. Als Wahlmänner wurden die Genossen W. Neßien, G. Zeidler, H. Lamprecht, Fr. Brade, Th. Wulff und H. Kleinikoff gewählt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Reusefeld. Nächtliche Ruhestörung. Als in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag der Schwartauer Kriegerverein vom Ausflug nach Gr. Warin zurückkehrte, marschierte er gegen 1 Uhr nachts mit Musik durch unsern Ort. Kommen Arbeiter einmal vergnügt nach Hause und singen unterwegs, dann müssen sie 3 Mark Ordnungsstrafe zahlen. Ob wohl die Verantwortlichen dieser nächtlichen Ruhestörung auch bestraft werden?

Ratzeau. Die agrarisch-freisinnigen Blockbrüder machen in einem Flugblatt, das sie mit dem Stimmzettel verbreiten lassen, den krampfhaften Versuch, Dumme zu fangen. Dabei erlauben sie sich den Trick, die Wahlreform und das neue Schulgesetz als Kleinigkeiten hinzustellen, um die man sich nicht streiten sollte. Wirklich, wie niedrig muß man die Intelligenz der Wähler einschätzen, die man über ihre vitalsten Interessen hinwegzusehen versucht! Und die Liberalen helfen dabei! Unter diesen Umständen kann morgen, Donnerstag, die einzig richtige Antwort nur

sein: Die Wahlmänner der Sozialdemokratie, die allein den Fortschritt wollen, müssen gewählt werden!

Gr. Warin. Eine gut besuchte Wählerversammlung fand im Lokale des Herrn Deitmann statt. Genosse Landtagsabgeordneter Zeidler sprach über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Landtagswahlen. Nach der Stimmung der Versammlung zu urteilen, werden die Arbeiter Gr. Warins alles daran setzen, um unsern Wahlmännern zum Siege zu verhelfen.

Sarkwitz. Der Großherzog hat gesagt. Der Schlachtergeselle Volkmann kommt auf der Wanderschaft nach dem Landmann Westphal in Sarkwitz. Durstig geworden, bittet er um einen Trunk. Die Bäuerin meint: „Wenn er Durst hat, soll er nur in die Wirtschaft gehen.“ Dazu hat der Wanderer aber kein Geld, sonst hätte er die Wohltätigkeit der Bäuerin nicht in Anspruch genommen. Der herbeigerufene Landmann, dem die Bitte wiederholt wird, meint: „Der Großherzog hat gesagt, ich soll und darf Dir nichts geben.“ Der Fremde geht durstig weiter. Wie er eine Strecke gegangen ist, wird er vom Landmann Westphal mit der Bemerkung zurückgerufen, ob er nicht bei ihm arbeiten wolle. „Ja, arbeiten möchte ich gerne, aber der Großherzog hat gesagt, ich soll und darf bei Dir nicht arbeiten“, war die prompte Antwort des weitergehenden Wandersmannes.

Kiel. Sozialpolitik auf kaiserlichen Werften. Gestern abend fand in Kiel eine Protestversammlung der kaiserlichen Werften mit der Tagesordnung „Der neueste sozialpolitische Kurs auf der Werft“ statt. Hier existiert ein nationaler Arbeiterverein, dessen einziger Zweck die systematische Beleidigung und Beschimpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ist. Nach der letzten Landtagswahl denunzierte dieser Verein in seinem Wochenblattchen, dem „Nationalen Arbeiter“, Arbeiter und Meister, die sozialdemokratisch gewählt hatten, unter direkter Namensnennung der Verflechtung und drohte dieser, falls sie auf die Demunziation nicht reagierte, unverblümt mit dem Reichsmarineamt. Demnach ist die Verflechtung mit diesem Nationalen Arbeiterverein in direkte Geschäftsverbindung getreten; während die Werft bis jetzt ihre Arbeiter von dem Allgemeinen Arbeitsnachweis in Kiel bezog, läßt sie sich jetzt dieselben vom Bureau des Vereins zuweisen. Hier müssen die Arbeitnehmenden zunächst einen Revers unterschreiben, daß sie aus ihrer freien Gewerkschaft austreten und brachten dann auf vorgebrachtem Formular die Empfehlung für die Werft. Es wird ihnen dann geraten, diese Empfehlung nur dem Beamten auf dem Werftbureau zu zeigen und sie zwischen die Invalidenkarte zu legen, der Beamte wisse schon Bescheid. Weiter empfiehlt ihnen der Geschäftsführer des Nationalen Arbeitervereins, der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaft, der er selbst auch angehört, beizutreten. Die Versammlung machte in einer einmütig angenommenen Protestresolution die Verflechtung verantwortlich für diese Treibereien, die ein Attentat auf das Koalitionsrecht und einen Verstoß gegen die Reichsgesetze — § 152 der Reichsgewerbeordnung — bedeuten. Sie lehnt es ab, durch den Arbeitsauschuß bei der Verflechtung vorstellig zu werden, da man überzeugt sei, daß der nationale Arbeiterverein zu seinem Vorgehen die Zustimmung von der Verflechtung erhalten habe. Die Versammlung wandte sich nun direkt an das Reichsmarineamt in der bestimmten Erwartung, daß dieses unverzüglich einschreiten und dem Nationalen Arbeiterverein den Arbeitsnachweis für die Werft entziehen werde. Der Reichstagsabgeordnete Legien erklärte sich bereit, die Resolution persönlich dem Chef des Reichsmarineamtes zu übermitteln.

Neumünster. Eisenbahnunfall. In aller Frühe ereignete sich Dienstag morgen auf dem Güterbahnhofe ein Unfall. Aus nicht bekannter Ursache fand beim Rangieren ein Zusammenstoß statt, wobei mehrere Wagen entgleisten oder ineinander rannten. Ein Güterwagen, der unter Fohrverschluß war, überschlug sich. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Neustadt. Ein Kind totgedrückt. Die Arbeiter Nischen Eheleute hatten im gemeinsamen Bett ihr vier Monate altes Kind zwischen sich liegen. Als die Mutter morgens erwachte, fand sie das Kind tot neben sich. Eine Gerichtskommission stellte auf Grund eines ärztlichen Gutachtens fest, daß der Tod durch Ersticken eingetreten sei.

Rostock. Ein Verzeihungskampf mit Wahnsinnigen. Aus Gelbensande wird der „Rost. Ztg.“ von einem aufregenden Falle wie folgt berichtet: Am Sonnabend, den 12. d. M., benutzten der Kunstmalers G., sowie seine Schwester, beide in Rostock wohnhaft, den um 5 Uhr 5 Min. aus Ribnitz nach Rostock fahrenden Frühzug. Die Genannten waren nachts zu Fuß von Daendorf bei Ribnitz, wo sie in der Sommerfrische sich aufgehalten hatten, nach Ribnitz gekommen, hatten dafelbst in einem Hotel übernachtet und traten dann um 5 Uhr 5 Min. die Reise nach Rostock an. Hinter Altheide brach bei den beiden anscheinend Geisteskranken plötzlich ein Verfolgungswahn ein. Es wurde die Nordreihe gezogen, der Zug kam sofort zum Stehen, und als das Zugpersonal herbeilief, schwang sich die junge Dame durch das Fenster auf das Verdeck des Wagens, während der Herr wahnsinnig im Abteil tobte. Nach 15 Minuten währenden Bemühungen gelang es mit vieler Mühe dem Zugpersonal, die geisteskrante Dame, die wie wild auf dem Dache herumtobte und jeden Angriff mit Fußtritten abwehrte, vom Dache herunterzuziehen und wieder in das Abteil zu bringen, sodas der Zug weiterfahren konnte. Kaum hielt der Zug auf der Station Gelbensande, als die Geistesgestörten sofort aus dem Zuge sprangen, auf den Güterboden liefen und, ehe es die anwesenden Beamten hindern konnten, in die im Obergeschos gelegene Wohnung des Bahnhofsauffsehers Gülchow stürzten, die Tür hinter sich verschließend und den Schlüssel mitnehmend. Es entspann sich nun in dem Zimmer zwischen den Eindringlingen und den Bewohnern ein Verzeihungskampf. Mit vieler Mühe gelang es den vereinten Kräften, die Wahnsinnigen zu fesseln und die Familie zu befreien. Die Kranken wurden dann im Laufe des Vormittags unter Bedeckung nach Rostock und von dort nach Gehlsheim gebracht.

Teterow. Ein schrecklicher Unglücksfall. Auf einem Felde des benachbarten Dorfes Grube wurde ein Knecht des Erbpächters Langklas auf dem Felde tot hinter der mit den Zinken nach oben gerichteten Egge aufgefunden. Das eine Pferd lag auf der Egge und hatte so schwere Verletzungen durch die Eisenspitzen erhalten, daß es totgeflohen werden mußte. Das zweite Pferd blieb unbeschädigt. Die Ursache dieses Unglücksfalles wird schwerlich jemals aufgeklärt werden.

Sagenow. Ein recht betrübender Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern im nahen Dorfe Tretegarb. Als die Wäundersfrau S. und ihr Sohn Milch nach der Molkerei fuhren, scheuten plötzlich die Pferde infolge eines durch umgefallene Milchfannen verursachten Geräusches und rannten mit dem Wagen davon. Bei einem heftigen Ruck stürzten beide Personen vom Wagen. Die Frau brach das Genick und mußte tot vom Blage getragen werden. Der Sohn erlitt einen Beinbruch.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

H. T. V.

Vorstandssitzung Freitag abends 9 Uhr.

Wir wünschen Frau **Levermann** zu ihrem Geburtstag ein donnerndes Hoch!
Die Hausgenossen.

Für die zahlreichen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlich
Otto Hardt und Frau geb. Bohländer.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands

— Zweigverein Lübeck. —

Nachruf.

Am Montag, den 14. d. M. verstarb unser langjähriges Mitglied

C. Wegner

Am Alter von 47 Jahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle (Vorwerk) aus statt.

Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahlreich zur Teilnahme an der Beerdigung im „Vereinshaus“ einzufinden. Abmarsch 1 1/2 Uhr präzise.

Die Ortsverwaltung.

Am 14. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, entschlief nach langen schweren Leiden mein lieber Mann, meiner Kinder treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater

Carl Wegner

im Alter von 47 Jahren. Liebesbetrauert von mir und meinen Kindern.

Catharine Wegner geb. Möller.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 17. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt.

Gesucht zu sof. ein junges Mädchen zur Erlernung der Damenschneiderei. Gr. Burgstr. 37, I. Fl.

Ges. ein anst. jg. Mädchen, d. Lust hat, die feinere Damenschn. grdl. zu erlern., auch mit auß. d. Hause zu gehen, zu günst. Bedingung. Frau **C. Hundt**, Marlesgrube 46, II.

Jünger berh. Mann sucht auf halbe Tage Beschäftigung als Radfahrer, Bote od. dergl. Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein freundl. möbl. Zimmer zu verm. Weithoffstraße 7, part.

Gesucht von Leuten ohne Kinder eine Zweistuben-Wohnung zum 1. Jan. Kostentor bevorzugt. Angebote unter **L. L. K.** an die Exped. d. Bl.

Ein gebrauchtes Bett 16 Mt., u. ein neues. Glockengießerstr. 31, Klüg. part.

Ein fast neuer Petroleumofen zu verkaufen. Weithoffstraße 33a.

Ein neuer Kinderwagen zu verkaufen. Mittelstraße 23.

Grauer Sitz- und Liegewagen und Legehühner, Stück 1.60 Mt., zu verkaufen. Friedenstraße 103.

Einige ja. Legehühner (07), 1 Orington Hahn (08) und einige hübsche Säbne zur Zucht. Mittelstr. 2.

Gebrauchte Schuhmacher- u. Trittnähmaschinen billig zu verkaufen. Näh. Waisenhofstr. 26, I.

Betten-Zohlen und Abfälle 2.70 Mt.
Damen-Zohlen und Abfälle 1.50 Mt.
Kinder-Zohlen und Abfälle v. 1.00 Mt. an

J. Voss, Süßstraße 90.

Carl Folkers

Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnanordnungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

Rechnung gefaltet.

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote lubeca-Marken.

Maurerarbeiten werden gut u. billig ausgef. Hörstraße 122.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Winter-Lehrplan 1908/09.

Dienstags: Deutsche Sprache.

Mittwochs: Vortragskursus (I. Versicherungsgesetzgebung).

Donnerstags: Stenographie (Stolze-Schrey).

Die Vortragskurse umfassen Versicherungsgesetzgebung, Wirtschaftslehre und andere Wissensgebiete.

Beginn der Kurse am Dienstag, den 29. September 1908.

Unterrichtslokal: Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Lehrstunden: Abends von 8 1/2-10 Uhr.

Eintrittsgeld und Monatsbeitrag je 30 Pfg., außerdem hat jedes neu-eingetretene Mitglied eine zur Teilnahme an allen Unterrichtsfächern berechnende Unterrichtskarte im Preise von Mk. 1.- zu lösen.

Anmeldungen am 22., 23. und 24. September, abds. v. 8-9 Uhr, im Vereinshaus.

Der Vorstand.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Lübeck.)

Einladung zum Ball

am Montag, den 5. Oktober 1908

im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Anfang 8 Uhr.

Ende 4 Uhr.

Eintritt 50 Pf., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pf., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Eilen Sie

und bringen Sie Ihr reparaturbedürftiges Schuhzeug noch heute in die

Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt

„Elektrik“

Schwartauer Allee 4,

da heute die

erste 100^{ste} Reparatur, welche gratis

verabfolgt wird, eingeht!

Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das **Waschmittel** der **Zukunft** **Persil** Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche. garantiert einwandfrei und unschädlich. Millionenfach erprobt. Alle meine Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf.**

Gruppenbild der soz. Reichstagsfraktion

à Exemplar 40 Pfg.

empfiehlt die

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Officiere heute und morgen ab Bahnhof

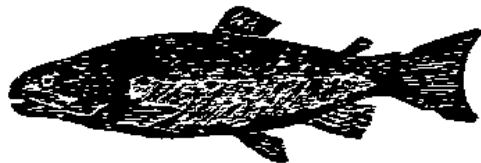
tadellose **Magnum bounm**

und allererste

franz. Karioffeln

billig. C. Heese, L. Jacobsen Nachfolger

Meierstraße 28. Fernspr. 1440.



Nur prima Serringe,

sowie täglich frische

sieler Büdflinge

empfiehlt

Fischhalle „Hansa“

Telephon 1869. — Fährhaus 33.

Markthallen-Stand 102.



tausendfach bewährte

Nahrung bei:

Erweichungsfall,

Diarrhöe,

Darmkatarrh, etc.

Achtung Zimmerer!

Die Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 17. ds. Mts.

findet nicht statt,

dafür findet am Dienstag, den 22. September eine außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

statt. Der Vorstand.

Tapeten-Reste

ganz billig.

Fritz Rehm,

Tapeten-Spezialgeschäft,

Beckergrube 20,

neben dem Stadttheater.

Feinsten Lindenblüten-Honig

empfiehlt **Carl Trost**, Finkenburger Allee 55c.

Oeffentliche

Kartell-

Versammlung

am Donnerstag, den 17. Septbr. 1908

abends 8 1/2 Uhr,

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagessordnung:

1. Abrechnung vom Gewerkschaftsfest.

2. Eingänge.

Vollzähliges Erscheinen der Delegierten ist erwünscht

Die Kartell-Kommission.

Verband der Maler!!

Versammlung

am Donnerstag, 17. Sept.

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tagess-Ordnung:

Vortrag des Genossen **Weyer's**.

Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Schlutup.

Einladung zum

1. Stiftungs-Fest

des

Arbeiter-Radfahrer-Verein

„Bandalia“

von Schlutup und Umgegend

am Sonntag, den 4. Oktober 1908

im Lokale des Herrn Vedder,

„Gasthof zur Post“.

Anfang 5 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Alle umliegenden Bundesvereine sind hier mit freundlichst eingeladen.

Das Festkomitee.

Einladung zum

3. Stiftungsfest

des

Arbeiter-Radfahrer-Verein

„Nordstern“

von Kücknitz und Umgegend

am Sonntag, den 20. September

im Lokale d. Hrn. W. Dieckelmann

in Kücknitz.

Anfang 5 Uhr nachmittags.

Eintrittspreis für Herren Mk. 1.20 Mt.,

eine Dame frei.

Einzelne Damen 30 Pfg.

Alle umliegenden Bundesvereine und

Göuner sind hiermit freundlichst eingeladen

Der Vorstand.

Variété Universum

Donnerstag, den 17. September:

Vorteils-Abend

für **Anton Puls**.

Auftreten des

Norddeutschen Männerquartetts.

Anfang 8 Uhr.

Telephon 384.

Gastspiel

Job-Classen.

Anfang punkt 8 1/4 Uhr.

Nur fünfmalige Aufführung!!!

Heute Mittwoch:

Riesiger Lacherfolg.

2 zu 15

Posse mit Gesang in 3 Akten.

Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Die oldenburgischen Landtagswahl

Die Wahlmännerwahlen finden statt am

Donnerstag, den 17. September:

- Enten (Stadt):** von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Rathaus.
- Malente:** von 5-7 Uhr in Krohns Gasthof.
- West-Malente:** von 3-6 Uhr im Lokale des Herrn Nau in Lechau.
- Neufkirchen:** von 4-6 Uhr nachmittags in Jacobsens Gasthaus zu Malkwieg.
- Gemeinde Siblin:** von 4-6 Uhr in Berlins Gasthaus in Bahnhof Gleschendorf.
- Altrade-Obernwohde:** von 5-7 Uhr in Klüvers Gasthof in Obernwohde.

Freitag, den 18. September:

- Schwartau:** von 4-7 Uhr in Heuers Hotel.
- Stoßdorf:** von 4-7 1/2 Uhr im Restaurant „Brauerei Fackendorf“.
- Gemeinde Medingsdorf:** von 4-6 Uhr in Hing Gasthof in Busendorf.
- Vosau:** von 4-6 Uhr in Lübkers Gasthaus in Hufsehd.
- Gemeinde Gleschendorf:** von 4-6 Uhr in Paetans Gasthof in Schulendorf.

Sonnabend, den 19. September:

- Neufeld:** von 5-7 Uhr in der Halle des Gastwirts Lampe zu Pariner Berg.
- Enten (Land):** von 4-6 Uhr in Böhmers Gasthaus in Neudorf.
- Ahrensböf (Flecken):** von 5-7 Uhr im Hotel „Stadt Hamburg“.
- Ahrensböf (Landgemeinde):** von 3-5 Uhr im Lokale des Herrn Teß, Steinbamm.
- Curau:** von 5 1/2-7 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Million
- Süfel:** von 4-6 Uhr in Halpaps Gasthaus zu Süfel.
- Gniffau:** von 4-6 Uhr im Gniffauer Heckaten.
- Gemeinde Ost-Malente:** von 5-8 Uhr in Warnsdorf beim Gastwirt Rode.

Landtagswähler! Benutzt die wenigen Tage bis zur Wahl zur regen Propaganda für die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner!

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eigenbericht des „Lübecker Volksbote.“

C. B. Nürnberg, den 14. September.

Erster Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung.

Die Verhandlungen wurden in dem prächtigen, schön geschmückten Tagungslokale des Parteitages, dem „Belodram“, unter dem Vorsitz Singers wieder eröffnet. Begrüßungstelegramme sind wieder in großer Zahl eingelaufen, darunter eines auch von den Jugendorganisationen in Altona, das eine Förderung der proletarischen Jugendbewegung erbittet. In der Erledigung der Tagesordnung erstattet zunächst

Parteilastiger Bericht über Kasse und Presse. Er führt aus: Während es in den letzten Jahren schien, als ob die Finanzen dauernd in den Dalleszustand der Reichsfinanzen geraten sollten, ist diesmal ein kleiner Überschuss eingetreten. Er wäre größer gewesen, wenn nicht alle möglichen Wahlkreisorganisationen in Nord und Süd, in Ost und West sich ständig zumungunsten der Zentralkasse verhaltenen. 33 000 Mark sind auf diese Weise der Parteilasse verloren gegangen, davon durch Preußen allein über 20 000 Mark (abgesehen von Groß-Berlin). Baden hat sich auch in bezug auf die Finanzen auf den Standpunkt des Schmelzgebots gestellt (Geiterkeit), es läßt den Parteivorstand nicht in seine Töpfe gucken. Lübeck ist diesem süddeutschen Beispiel gefolgt. (Hier muß dem Genossen Bericht ein Irrtum unterlaufen sein, denn am 6. Juli wurde dem Parteivorstand der Kassensbericht des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lübeck zugeandt. Red.) Die Parteipresse hat nur um 12 000 Abonnenten gewonnen; sie zählt jetzt 1 061 000 Abonnenten. Außerordentlich gut sind die Einnahmen aus den Abonnements und Inseraten. Die Presse leidet natürlich in ihrer Ausbreitung sehr unter der Krise. Sie ist meist stark genug, um einen Stoß auszuhalten. Der schwache Rest wird durch Unterstüßungen über Wasser gehalten werden. Denn für die Presse, unsere wichtigste Waffe, ist uns kein Opfer zu groß. (Bravo!)

Den Bericht der Kontrollkommission gibt Gen. Kadon-Dresden. Er beantragt auf Grund genauer Prüfung der Geschäfte Entlastung für den Parteivorstand. Bei der Besprechung der Beschlüsse regt Kadon an, auch im Parteiklatur eine Verjährungsfrist einzuführen, da sonst ständig alte Affären wieder aufgerührt werden. Ein anderer abänderungsbedürftiger Zustand ist der, daß die Gewerkschaften Mitglieder wegen leichter Streikbrüche ausschließen und bald wieder aufnehmen, während sie aus der Partei dauernd ausgeschlossen bleiben. Nachdem Kadon sodann die einzelnen der Kontrollkommission vorgelegten Beschlüsse dargestellt hat, schließt er: Ich habe nun noch eine traurige Pflicht zu erfüllen. Auch im vergangenen Jahre hat der Tod uns einen teuren Freund aus der Mitte der Kontrollkommission entzissen. (Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen). Franz Joseph Ehrhart war uns lange Jahre ein treuer Mitarbeiter. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. (Beifall.)

Auf Antrag von Haase-Königsberg wird beschlossen, die Frage der Jugendlichen-Organisation einer Kommission von 17 Mitgliedern zu überweisen. Mitglieder der Kommission werden Robert Schmidt-Berlin, Wels-Berlin, Ritter-Ruppin, Stolten-Hamburg, Frank-Wannheim, Heinrich Schulz-Berlin, Brandler-Bremen, Müller-Köln, Rudolf-Frankfurt, Scheib-Leipzig, Sanger-München, Westmeyer-Stuttgart, Mar Grunwald-Mühlhausen, Haase-Königsberg, Louise Zieg-Hamburg, Klara Zetkin-Stuttgart, H. Müller-Berlin. Der Kommission wird das gesamte Material zur Jugendfrage zu überweisen. Die Frauenfrage wird vorläufig aus der Debatte ausgeschlossen. Die übrigen Gegenstände werden gemeinsam diskutiert. In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Leinert-Pannover: Die teilweise vom Parteivorstand bezahlten Agitationskalender enthalten Schwindelinserate ausländischer Firmen, die ein öffentlicher Skandal sind. „Die Schlacht bei Sedan mit Kommandos mit Hurraufen“, Weihnachtschöre u. dergl. werden angeboten. (Geiterkeit.) Die Parteipresse nimmt solche Schwindelinserate nicht auf. Die Kalender sollten wie die Flugblätter ohne Inserate erscheinen. Durch solche Schwindelinserate schaden wir unserer Kleinarbeit. Wir dürfen den geschäftlichen Standpunkt nicht so in den Vordergrund stellen.

Kühls-Magdeburg: Auch manche Warenhausinserate in unseren Zeitungen grenzen nahe an Schwindel. Ganz entbehren können wir die Inserate nicht, aber die Herausgeber müssen sie mit Takt aussuchen. Weiter möchte ich die Aufmerksamkeit der ganzen Öffentlichkeit auf das ungesegnete und provokatorische Vorgehen der Magdeburger Polizeibehörde gegen unsere Vereinsorganisation hinweisen. Unsere Reichstagsabgeordneten müssen dieses Vorgehen im Parla-

ment zur Sprache bringen. Das neue Pressebureau, in dem man erst eine revisionistische Falle bestichtete, ist nun eingerichtet und funktioniert recht gut. Aber es müßte seine Tätigkeit bald auf ausländische Nachrichten und die Parteitagshandlungen ausdehnen.

Gisner-Nürnberg: Die Frage der Parteischnule, in deren Diskussion ich wider Willen hineingezogen worden bin, scheint mir noch nicht reif. Aber sie wird bald reif werden, und dann können wir sie ausgiebig diskutieren. Schon jetzt zeigt sich die hocherfreuliche Tatsache, daß man nicht mehr Arbeiter aus dem Perus herausreißt, sondern Parteifunktionäre ausbildet. Den Hauptmagen kann die Parteischnule haben, wenn einzelne Parteigenossen Ehrfurcht vor der Wissenschaft erlangen. Dann entwickelt sich bei ihnen die wünschenswerte geistige Bescheidenheit. Man kann nach 6 Monaten nicht den Parteischnüler als Lehrer auf die Brovings loslassen, der dort einen Kursus von 20 Stunden über „Werttheorie“ hält. (Stk.) Wenn auf der Parteischnule solche Schnellreife erreicht werden soll, dann bedauere ich die Partei, die von solchen Lehrern unterrichtet wird. Das steht in dem ausgezeichneten Artikel des Genossen Maurenbrecher, der Grundlage für jede Diskussion über Bildungsfragen werden sollte. (Lachen.) Lehrer erwachen nur in einem Leben von Arbeit, Lehrer fallen nicht vom Baum, sondern müssen sich entwickeln. Die Massenbildung darf nicht bei den schwierigsten Problemen anfangen, sonst wird sie ein Lernen dialektischer Formeln, sondern muß sich einheitlich von unten aufbauen. Das wollte Maurenbrecher Artikel sagen, der keine Verachtung, sondern eine Hochachtung der Theorie darstellt. Die Kenntnis der Theorie muß ruhen auf dem großen mächtigen Unterbau elementarer Kenntnisse. (Beifall und Zischen.)

Lehmann-Wiesbaden: Unsere Presse hat hocherfreuliche Fortschritte gemacht. Auch unsere Feuilletonschreibern haben an diesem Aufschwung teilgenommen. Nur unsere Witzblätter sind nicht auf der Höhe. Die Parteipresse zitiert, was „Gottlieb“ im „Tag“ und der „Simplicissimus“ sagen, aber nicht den „Wahren Jakob“. Seine Karikaturen sind meist ganz unähnlich und im ganzen ist es mehr Familienblatt als Witzblatt. Da haben wir noch ein weites Feld. (Beifall.)

Dubbe-Hamburg begründet zunächst einen Antrag, nach dem auch die Zugehörigkeit zu lokalen Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftsstellern und Parteioorganisationen nicht anerkannt sind, mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar sein soll. Die Schwindelinserate schaden auch nach der praktischen Erfahrung des Redners der Landagitation. Weiter bittet er, daß der Vorstand sich besser mit der örtlichen Organisationen in Verbindung setze. Die Informationen z. B. über die Reiseerfrage kommen viel zu spät. In so weitgehenden Fragen sollte der Parteivorstand vorher Konferenzen der Agitationsleiter einberufen. Dann würden die Beschlüsse auch von den örtlichen Organisationen viel besser verstanden und williger angenommen werden.

Rosa-Luxemburg-Berlin: Ich will nicht die Kritik der Parteischnule abwehren, sondern den Mangel ernstlicher sorgfältiger Kritik bedauern. Die Parteischnule ist ein neues sehr wichtiges Institut des Parteilebens, da ist erste tiefgehende Kritik unerlässlich. Ich habe der Parteischnule bei ihrer Gründung mit größtem Mißtrauen gegenübergestanden, teils aus angeborenem Konservatismus (Große Geiterkeit!), teils wie ich im stillen Kämmerlein meines Herzens dachte, die Sozialdemokratie müsse mehr für Massenbildung sorgen. Eine halbjährliche Tätigkeit an der Parteischnule hat meine Zweifel an der Parteischnule meist beseitigt. Wir haben in der Parteischnule — das habe ich im persönlichen Kontakt mit den Parteischnülern gelernt — ein neues Institut geschaffen, das wir in seiner Wirkung noch nicht überschauen können, das aber groß und gut ist und in der Zukunft der Partei noch viel Segen und Nutzen bringen wird. (Sehr gut!) Eine größere Eliteauswahl der Parteischnüler möchte ich mir gar nicht wünschen; unsere Schüler stehen auf einem außerordentlich hohen intellektuellen Niveau. Aber im Lehrplan fehlt mir die Geschichte des internationalen Sozialismus. (Gisner: Sehr gut!) Sie könnte die deutsche Sozialdemokratie über die Enge ihrer Anschauungen hinausführen. (Sehr gut!) Auch in den Wandertouren wird die Nationalökonomie viel zu viel gepflegt (Gisner: Sehr gut!), auch da fehlt die Ge-

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(31. Fortsetzung.)

„Das ist ein Seegisch?“ sagte Helger, während die anderen lachten — „na, den werd' ich mir merken.“ „Den fragen Sie nur,“ sagte Spiegel; „wenn der Herr hier irgendwo in Australien existiert oder existiert hat, so findet er sich auch in meinen Büchern.“

„Mein bester Herr Doktor,“ sagte Breyfeld, der ebenfalls aufgestanden war, zu Mac Donald, „wenn Sie erlauben, begleit' ich Sie ein wenig — wie ich höre, interessieren Sie sich ebenfalls für die australische Vogelwelt und ich bin vielleicht umstände, Ihnen Auskunft zu geben. Ich beschäftige mich speziell damit, und habe ebenfalls, wenn Sie vielleicht später einmal Gebrauch davon machen könnten, eine recht hübsche Auswahl vorzüglicher Exemplare.“

Mac Donald fühlte, daß er durch seine Notlage eine, wenn auch nicht unangenehme, doch augenblicklich lästige Bekanntschaft zu machen gezwungen war. Das ließ sich aber jetzt nicht redressieren, ja im Gegenteil diente es vielleicht gerade dazu, wenn er anscheinend ernstlich auf das Geschäft einging, jeden möglichen Verdacht von sich abzuwälzen. Ein flüchtiger Aufschrei beschäftigte sich nicht mit ausgestopften Vögeln.

Breyfeld gehörte in der Tat zu den originellen Menschen, die sich eigentlich in fremden Erdteilen weit besser und wunderbarer entfalten, als in der Heimat. Der Boden ist dort lockerer, der Raum freier, Sitten und Gebräuche binden sie nicht so fest an die Stützen, die im alten Vaterland der Staat für gut findet jedem einzelnen Individuum beizugeben. Ihre Zweige werden nicht beschnitten und können die barocksten Formen annehmen, und da sich hier niemand um den andern sonderlich bekümmert, und jeder unbeachtet, unbehindert seinen Weg gehen darf, grünen und blühen sie lustig hinaus ins Freie.

Breyfeld gehörte zu diesen. Er war früher in Deutschland irgendwo Amts- oder Gerichtsschreiber gewesen, und hatte stets eine besondere Vorliebe für Vögel gezeigt. Selbst in seine dumpfige Schreibertube nahm er sie, zum großen Argernis seiner Vorgesetzten, mit, und da es ihm endlich verboten wurde, fing er an, den Druck im alten Vaterland

läßt zu finden. Jeder hat ja sein besonderes Fleckchen, an dem er am empfindlichsten ist. Eine unbedeutende Erbschaft, die er bald darauf und unerwarteterweise erhob, kam gerade zu einer, wie er glaubte, günstigen Zeit, den kleinen Kadis seines Mißtrauens zu beweisen, daß sich die unteren Beamten eben nicht nach Willkür treten lassen. Er nahm seinen Abschied und wanderte mit einer wahren Unzahl von Vogelbauern, alle mit den heimischen Sängern gefüllt, nach Australien aus.

Unterwegs nannten sie ihn den Papageno; das Geschäft war jedoch keineswegs so schlecht gewesen, denn er verkaufte, glücklich in Australien angekommen, die europäischen Singvögel zu so außerordentlich hohen Preisen, daß er damit vollständig seine Passage deckte, und es jetzt bei den Antipoden anfang, wo er es bei den Antipoden gelassen hatte. Er zog, nachdem er sein kleines Kapital durch ungeschickte Experimente glücklich verloren, in ein kleines Häuschen in den Busch, fing Vögel und richtete sie ab, schoß dergleichen und balgte sie ab und stopfte sie aus, und verkaufte sie in Sammlungen entweder an Schiffskapitäne, die aber wenig dafür zahlten, oder an Kaufleute in Adelaide, die sie am liebsten geschenkt genommen hätten. Keinesfalls machte er ein brillantes Geschäft dabei, lebte zu gleicher Zeit so kümmerlich, wie nur ein zivilisierter Mensch imstande ist, zu leben, entbehrte fast aller Bequemlichkeiten, und schien wirklich nur in der Befriedigung dieser seiner einzigen Leidenschaft einigermaßen Ertrag und Entschädigung für alles andere zu finden.

Auch in seiner Tracht ging er etwas wunderbar, zeigte wenigstens einen derartigen Geschmack. Noch als Amis-schreiber war nämlich ein grasgrüner Frack mit gelben, blanken Jagdknöpfen das gemeine, nachdem er sich unaufhörlich gelehrt, während seine Vorgesetzten nie davon überzeugt werden konnten, daß sich eine solche Kleidung mit den ernstesten Geschäften seines Berufs, dem Altenbau, vereinigen lasse. Sobald er sich deshalb unabhängig machte, und er sich nicht mehr um die Alten, seine Vorgesetzten nicht mehr um sein achtbares Äußere zu kümmern hatten, war es das erste, was er sich anschaffte, und war er dann selber auch in diesem Kleidungsstück glücklich nach Australien ausgewandert. Was nun auch seine Landsleute über den etwas auffallenden Jagdfrack sagen oder denken mochten, den Schwarzen gefiel er ungemein, und besonders für die Knöpfe interessierten sie sich so lebhaft,

daß einzelne, die den Träger im Sammeln und Einfangen oder Erlegen der Vögel unterstützten, nur erst durch das Verprechen eines solchen Knopfes bewegt werden konnten, ein Gnu oder einen schwer zu erlangenden Vogel herbei zu schaffen. Breyfeld sah sich deshalb in die unangenehme Notwendigkeit veretzt, nach und nach einen großen Teil der blanken Knöpfe, die er nicht wiederbekommen konnte, zu opfern, wobei er die fehlenden mit anderen von Horn ersetzen mußte. Gegenwärtig waren solcher Art nur noch drei der Urknöpfe übrig geblieben.

Außerdem trug er Samaschen und sehr enganliegende schwefelgelbe Beinkleider, grobe Buschschuhe und eine grüne, sogenannte Gärtnermütze, die nach allen vier Kompassrichtungen Klappen hatte. Sein Kopf war dabei vollkommen kahl, und der Apotheker machte dabei bei jeder nur passenden Gelegenheit den stereotypen Witz, daß er die Haare vollständig abrasiert habe, nur um sich Federn stehen zu lassen.

Durch seinen langjährigen Aufenthalt im Lande kannte Breyfeld übrigens den Busch genau, und war sonst ein einfacher gutmütiger Mensch, den alle, die mit ihm verkehrten, gern hatten.

„Apropos, lieber Schelling,“ sagte Spiegel, als er sah, daß sich Mac Donald zum Aufbruch rüstete, „erlauben Sie mir erst einmal, bester Doktor, ich habe Ihnen die angenehme Nachricht mitzuteilen, daß mein Freund, Doktor Schreiber hier, gar nicht übel Lust hat, sich als Arzt bei uns niederzulassen, und nur erst vorher das Terrain ein wenig topographieren will.“

„Das war recht!“ rief Schelling, mit vor Vergnügen glänzenden Augen Mac Donald die Hand entgegenreichend, „da hätten wir den jungen Lassen von selbstgemachten Doktor augenblicklich unter dem Schlitzen. Sie sollen einmal sehen, was Sie hier für eine Praxis bekommen, besonders jetzt nach diesem Doktor Fiedel. Sonst ist unser Klima hier eigentlich ein wenig zu gesund, sowohl für Arzt als Apotheker, das Publikum wird leicht übermüht, und glaubt am Ende, es brauche beide nicht mehr. Wenn aber der Doktor noch eine kleine Zeit hier wirtschaftet, so kriegen wir Kranke genug, und dann machen Sie eine famose Ernte. Geiraten, um mehr Vertrauen zu gewinnen? — daß Sie die Witz nicht! Eine Wärterin sollte man ihm verschaffen, die ihn hinter den Ohren trocken hielte. So eine Piepströte behauptet, seine Rezepte, die er abkrochert, weil er die

Schichte des internationalen Sozialismus. Bedauern muß ich auch, daß die Parteiführer nachher oft nicht den nötigen Wirkungskreis geben. (Sehr gut!) Allerdings sollte man auch nicht zu viel von ihnen verlangen. Sagen wir ihnen doch immer, daß wir ihnen nur die Grundlage geben können und daß sie ihr ganzes Leben weiterlernen müssen. (Eisner: Sehr gut!) Das wären Gesichtspunkte ernster Kritik. Aber eine Karikatur solcher Kritik war die des Genossen Eisner. (Beifall.) Er hat eine so große Achtung vor der Wissenschaft, daß ich an das Schicksal des armen Klopstock zu Lessings Zeiten denken mußte:

Wer wird nicht einen Klopstock loben,
Doch wird ihn jeder lesen? Nein!
Wir möchten weniger erloben
Und etwas mehr gelesen sein.

(Große Heiterkeit.) Ein Beweis für die Leichtfertigkeit Eisners ist, daß er uns das strahlende Beispiel — Maurenbrechers entgegenhält. (Sehr wahr!) Maurenbrecher, der Lehrer für Nordbayern, sagt in der „Frankfurter Tagespost“: Wir treiben zu viel Theorie. Was muß die Masse von Werttheorie und historischem Materialismus wissen? Der Lehrer muß das wissen. Um es in der Tasche zu behalten! (Eisner ruft: Das steht nicht darin! Das sehen Sie hinzu!) Natürlich sehe ich das hinzu. (Heiterkeit.) Aber das sagt Maurenbrecher: All das hat für die Massenbildung keinen Wert, kann höchstens schaden. Der historische Materialismus macht indolent. (Hört, hört!) Das sagt man nach 40 Jahren glänzender Entfaltung des Klassenkampfes, nachdem diese Lehre der kühnsten Tat des Jahrhunderts, der russischen Revolution vorangeleuchtet hat. Eisner und Maurenbrecher urteilen nach sich selbst. So wirkt eben auf sie die materialistische Geschichtsauffassung. Den Stoff nimmt aber das Proletariat aus dem täglichen Leben, kennt ihn besser als Eisner und Maurenbrecher. (Sehr gut!) Sie braucht nur die Theorie, um den Stoff zu beherrschen, und damit die todbringende Waffe gegen den Kapitalismus zu schmieden. Wenn irgend etwas das Rettende und Schöpfende der marxistischen Theorie zeigen könnte, so diese Debatte und die Äußerungen in Nürnberg. (Stürm. langanhalt. Beifall.)

Knauer-Sonneberg: Gerade wir einfachen Leute mit bloßer Volksschulbildung haben die Gründung der Parteischule begrüßt. Für dringend notwendig halte ich eine sorgfältige Kontrolle der Parteigeschäfte. Sie verschlingen teilweise große Summen. Schwundelinserate nehmen wir in unserer Kalender nicht auf. Daher war Reinerts öffentliche Kritik überflüssig.

Wels-Berlin: Auch der „Wahre Jakob“ hat nicht einwandfreie Inserate, z. B. „Jeder Kavaliere trägt die Partibinde“, „Sommerproffen beiseitigt“, „Magerkeit mit schönen vollen Körperformen“ usw. (Große Heiterkeit.) Man brauchte also nicht besonders uns anzugreifen. Wir weisen schon ohne dies, der uns eingelassenen Inserate zurück. Ganz entbehren können wir sie aus materiellen Gründen nicht. — Sehr befriedigt bin ich von der einstimmigen Beurteilung der Sozialisten. Wienthal hätten wir voriges Jahr nicht erst eine Gnadenfrist geben sollen. Dann wäre jetzt die Schweineerei (Stift), der Streichbruch in Berlin nicht vorgekommen. Wir in Berlin kennen jetzt keinen Allgemeinen Metallarbeiterverband mehr, sondern nur noch eine Streikförderagentur Berlins, Wienthal u. Co. (Beifall.)

Voss-Singer: Die Ältesten in Sachen des Ausschlußverfahrens gegen Wienthal, die voriges Jahr zurückgestellt worden sind, werden zur endgültigen Erledigung der Beschwerdekommision überwiesen werden.

May-Grunwald-Merleburg: Für ethisch-ästhetische Litteratur bürgerlicher Tendenz mag ja die Werttheorie sehr schwer zu begreifen sein, aber die Arbeiter spüren die Praxis der Werttheorie am eigenen Leibe. (Sehr gut!) Aber Maurenbrecher hat nicht nur in der „Frankfurter Tagespost“ geschrieben, die ja doch noch ein Parteiorgan ist, sondern er hat sich auch in der „Hilfe“ Raummanns dahin geäußert, daß die Verwirklichung der sozialistischen Produktion nicht die notwendige Folge der gesellschaftlichen Entwicklung sei. Ein Mann, der so wenig wie Maurenbrecher vom Marxismus verstanden hat, ist der denkbar ungeeignetste Lehrer des Proletariats.

Verten-Düfeldorf: Die Kritik der Parteischule geht im bürgerlichen Geiste. Ich finde es sehr natürlich, daß selbst gelehrte Professoren aus der Bourgeoisie die Werttheorie schwerer begreifen als einfache Arbeiter, die die Grundlagen im Leben finden. Wenn darüber geklagt wird, daß die Parteigenossen, die in der Parteischule waren, nicht genügend Karriere machen, so verweise ich auf die Vorgänge in Hof, wo man einem sehr begabten Parteischüler einen Mann als Redakteur vorgesetzt, der noch 14 Tage vorher nationalliberal gewesen war. (Zurufe: Hört, hört! Ruf:

Dafür ist der jetzt schon gegen die Budgetbewilligung!) Ich stelle den Antrag, der Parteitag möge mit Befriedigung von der bisherigen Tätigkeit der Parteischule Kenntnis nehmen und den Vorstand auffordern, für eine sachgemäße Erweiterung Sorge zu tragen. (Beifall.)

Wieck-Bremen: Die Kritik an der Parteischule erstreckt nicht ihre Verbesserung, sondern ihre Beseitigung. Die Kritik geht von denselben Leuten aus, die uns von dem geraden Wege zur Eroberung der politischen Macht ablenken wollen. Der Ausdruck „Erbildung“ ist natürlich nur demagogisch darauf berechnet, die Massen gegen die Parteischule aufzuheben. Auch die Unterstellung ist demagogisch, daß die Parteischüler sich nicht schon vorher mit diesen Problemen beschäftigt hätten. Aber das Ziel dieser kritisierenden Genossen geht eben darauf hinaus, die Arbeiter wieder zu einer willenlosen Herde zu machen. Nun, wenn wir ihnen in unserer Selbstständigkeit nicht passen, mögen sie doch dahin gehen, wo sie hergekommen sind. (Teilweiser Beifall.)

Eisner-Nürnberg: Der Arbeiter, wenn er Literat wird, stiftet stets Unheil und ist stets bereit, sich Wirrköpfen anzuschließen. Das hat nicht Maurenbrecher geschrieben, sondern Karl Marx. Der Satz scheint mir übertrieben, aber er zeigt, daß das Problem gar nicht das ist, ob der Arbeiter leichter Verständnis gewinnt für den historischen Materialismus als der Akademiker Karl Marx. Wir haben uns vielmehr dagegen gewandt, daß halb durchgebildete Genossen sich anmaßen, als Lehrer aufzutreten. Die Parteischule und ihr Besuch an sich können gewiß nicht schaden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Nürnberger Genossen mich ein halbes Jahr beurlauben würden, um zu den Füßen der Gen. Luxemburg zu sitzen. (Heiterkeit.) Übrigens hat die Gen. Luxemburg im ersten Teile ihres Vortrages genau das selbe gesagt, was ich in der Kritik der Parteischule behauptet habe. Erst nachher fiel ihr ein, daß sie ja gegen mich polemisieren müßte. Wir in Nürnberg haben jedenfalls den ersten Versuch zu systematischer einheitlicher Verbreitung von Bildung in unserem Bezirk gemacht. Die Masse hat einen rührenden Bildungshunger, aber sie scheitert an Fehlern der einfachen Worte und Begriffe. Wir kommen nicht weiter, wenn wir nicht das Problem der Massenbildung zu lösen suchen. Unwahr aber ist, daß wir eine Herde wollen. Im Gegenteil, alles was wir erstreben, ist, Menschen mit selbständigen Gedanken, Handeln und Willen zu erziehen. (Lebh. Beifall.)

Vogt-Merseburg berichtet über die Schwierigkeiten und Kämpfe mit den Sozialisten in Halle.

Einert-Hannover verteidigt nochmals seine Anregung, die Anzeigen aus den Agitationskalendern fortzulassen.

Klara Zetkin-Stuttgart: Die Anregung der Genossin Rosa Luxemburg hat volle Berechtigung. Sobald der Bildungs-Ausschuß die nötigen Kräfte gefunden hat, wird er auch die Geschichte des Sozialismus besser pflegen. Gen. Eisner hat den Ruf ausgestoßen: Zurück auf die Methode theoretischer Bildung, die wir in den Anfängen der Bewegung vor 40 Jahren hatten. Aber 40 Jahre theoretischer Entwicklung der Partei kann er nicht auslöschen. Heute lebt die Arbeiterkraft in einer ganz anderen geistigen und sittlichen Atmosphäre (Sehr wahr!), heute hat sie eine ganz andere psychologische Disposition als damals, wo sie sich erst von der bürgerlichen Ideologie löstrennen. Der Proletariat kann nur arbeiten und er muß lehrend lernen, das gilt auch für die Parteischüler. (Sehr wahr!) Ich glaube zu räumen, als ich hörte, daß Gen. Maurenbrecher einen Artikel in der „Hilfe“ geschrieben hätte. Seit wann ist denn der Dresdener Beschluß außer Kraft gesetzt, daß in gegnerischen Blättern nicht Lebensinteressen der Partei erörtert werden sollen. (Sehr gut!) Oder gelten die Parteitagbeschlüsse für den Gen. Maurenbrecher nicht? Ich finde es ja menschlich begreiflich, daß er in der „Hilfe“ schreibt, denn alte Liebe rostet nicht. Gibt es eine ungeeignete Tribüne zur Vertretung unserer Grundsätze als die Zeitung, die systematisch und planmäßig darauf ausgeht, auseinander zu loben, auseinander zu schimpfen und auseinander zu heizen? (Sehr richtig!) Maurenbrechers Theorie bedeutet die Aufgabe des sogenannten Zukunftsstaates, das Verlassen der Auffassung, daß er das notwendige Resultat der eigengeschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft ist. Damit wird der Sozialismus zurückgeführt hinter die Utopisten, wird aus einer wissenschaftlichen Erkenntnis in eine präfabrierte Glaubensformel verwandelt. Wer selbst so verwirrt und unklar ist, kann der Sozialdemokratie keinen Rat geben. (Lebh. Zustimmung.) Maurenbrechers Anschauungen sind ein Faustschlag gegen die wissenschaftliche Erkenntnis der deutschen Sozialdemokratie, deren sie sich stolz rühmt. Solche Leute sollten sich ins stille Kämmerlein setzen und still und bescheiden sich zur Erkenntnis der sozialdemo-

kratischen Theorie durchmauern, ehe sie daran gehen, die sozialistische Auffassung zu revidieren. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Leuschke-Leipzig: Der Witz des Genossen Müller hat mich so niedergeschmettert, daß ich ihn gefragt habe, ob er vielleicht die Kollektivarbeit des Parteivorstandes sel. Er hat ihn aber ganz allein erfunden. Wir haben also in Müller eine strahlende Geistesfacette im Parteivorstand gewonnen. Welche Kreise der Partei sind der Überzeugung, daß wenn statt der Radikalen Revisionsisten an der Parteischule tätig wären, Nürnberg die Schule nicht angriffe. (Sehr richtig!) Eisners Artikel ist so allgemein, daß man darauf kaum etwas faßbares erwidern kann. Maurenbrechers Meinung nach kann den historischen Materialismus nur lehren, wer Thomas von Aquino, den verfaulten katholischen Heiligen, gelesen hat. (Heiterkeit.) Er selbst war bei seiner Hohenzollernlegende nicht so sorgfältig. (Sehr wahr!) Maurenbrecher will nach Raummanns Meinung bei uns im Sinne der Nationalsozialen wirken. Die reaktionären Anschauungen, deren wegen Prof. Sohm die Nationalsozialen verließ, hat er jetzt neu aufgemäht. Er will als alter Theologe das Kamel des Glaubens durch das Nadelöhr der Vernunft treiben, und an dieser Schwierigkeit leidet er immer noch. (Heiterkeit u. Beifall.)

Liepmann-Berlin protestiert gegen den Vorwurf Eisners, daß nicht andere Orte, besonders Berlin, ebensoviel leisten für die Massenbildung wie Nürnberg.

Brandler-Bremen: Eisner und Maurenbrecher sind gänzlich ungeeignete Lehrer des Proletariats. Sie wollen nur die Gehirnverkeimerung und Versimpelung der Arbeiter.

Damit schließt die Debatte. Die Beratung des Punktes wird morgen fortgesetzt.

Wolberski-Berlin gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 312 Delegierte, 9 Mitglieder des Parteivorstandes, 8 der Kontrollkommission, 27 Reichstagsabgeordnete, 2 Redakteure des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, 10 auswärtige Gäste, insgesamt 369 Teilnehmer.

Alle Mandate werden debattelos für gültig erklärt. Vorsitzender Singer teilt Begrüßungstelegramme der französischen und schweizerischen Sozialdemokratie mit und vertagt dann die Weiterverhandlungen auf Dienstag vorm.

2. Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

C. B. Nürnberg, den 15. September 1908.

Vorsitzender Singer eröffnet die Verhandlungen wieder kurz nach 9 Uhr. Begrüßungstelegramme sind zahlreich eingegangen, darunter auch von Zahlstellen der Gewerkschaften. Genosse Maurenbrecher hat eine längere Erklärung zu Protokoll gegeben, in der er bedauert, daß er nicht in die gefestigte Debatte hat eingreifen können, weil er nicht Mitglied des Parteitages ist. Sein Artikel in der „Hilfe“ sei eine rein wissenschaftliche Arbeit, deren Veröffentlichung auch in „bürgerlichen“ Blättern nicht verboten sei. Grundwald habe den Artikel nicht so zitiert, daß sein Sinn hätte verstanden werden können.

Darauf wird die Diskussion über den Vorstandsbericht beim Punkte Frauenebewegung fortgesetzt.

v. Elm-Hamburg begründet seinen Gegenantrag zur Vorstandsresolution über Frauenorganisation. Sie lautet: „Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen sind nicht gestattet. Zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen können jedoch besondere Vereinsabende, zur Erörterung der die Frauen hauptsächlich interessierenden Fragen Frauenversammlungen veranstaltet werden. Die Festlegung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen als für die männlichen. Zu der Leitung der Verwaltung in den sozialdemokratischen Vereinen und Kreisorganisationen sind, wenn möglich, Genossinnen heranzuziehen, ebenfalls zur Leitung der Gesamtpartei. Den weiblichen Mitgliedern der Verwaltung liegt es ob, die notwendige Agitation im weiblichen Proletariat im Einvernehmen und unter Mitwirkung der tätigen Genossen und Genossinnen zu treiben.“

Begründend führt v. Elm aus, daß der Antrag des Vorstandes zu kategorisch sei. Seine Gegenresolution sei besser den praktischen Bedürfnissen angepaßt. Die Männer seien ja viel älter in der Partei, besondere Veranstaltungen für die Frauen seien also nötig, aber besondere Bildungsvereine seien nicht mehr notwendig. Auch das unbedingte Recht der Frauen auf Entsendung einer Delegierten zum Parteitag sei nicht anzuerkennen. Der Parteitag sei nicht da, um Genossinnen auszubilden, sondern um sie selbst-

Endungen nicht weiß, würden in meiner Apotheke nicht ordentlich ausgeführt, will sich einen chemischen Apparat kommen lassen, die Arzneien selber zu unterjuchen, so ein Maulaffe. Klein, Doktor, das ist recht, bleiben Sie bei uns, und Sie sollen einmal sehen, was für eine Praxis Sie bekommen, wenn die Leute nur eben krank werden wollen. Worin ich Ihnen beistehen kann, das soll geschehen, Sie können jetzt auf mich rechnen.“

Echelling r. ordentlich in Hitze geraten, und leerte das vor ihm stehende Glas Wein auf einen Zug, Mac Donald aber sagte freundlich:

„Ich danke Ihnen für den guten Willen, den Sie mir entgegenbringen. Unter solchen Umständen werde ich denn wirklich suchen, mir hier eine Stellung zu gründen und das Vertrauen des Publikums zu gewinnen. Für jetzt meine Herren, wünsche ich Ihnen einen vergnügten Abend.“

„Adieu, lieber Doktor!“ sagte Spiegel, ihm die Hand reichend, „also auf Wiedersehen! Ich rechne darauf, daß Sie Ihr Versprechen für Dienstag abend nicht vergessen.“

„Gewiß nicht“, sagte Mac Donald und verließ mit Brenzels, der ihn eine Strecke begleitete, das Haus, nach Bischofs Wohnung, seinem vorläufigen Domizil, zurückzukehren.

„Ist denn das ein Deutscher?“ sagte Kapitän Helgere als Mac Donald das Zimmer verlassen hatte. „Seine Aussprache klingt doch so sonderbar, und seine ganze Tafelage sieht mir eher nach einem Engländer aus.“

„Er hat, wie er mir unterwegs sagte, lange in England gelebt“, erklärte Spiegel, „und mag allerdings viel von den dortigen Sitten angenommen haben.“

„Scheint übrigens ein ordentlicher Mann“, meinte Echelling, „und ich bin jetzt überzeugt, er wird den jungen Biertrinker mir nichts aus dem Sattel.“

„Das wäre nach Doktor Behr's Zeugnis eben kein Kampfwort“, lachte der Kapitän, „der Bursche sah doch famos aus, und den möcht ich, so wie er dastand, einmal mit nach Etzeln nehmen.“

„Unser Engländer läßt lange auf sich warten“, sagte Spiegel leise zu seinem Kompagnon. „Sie sind doch sicher, daß er kommt, lieber Pich?“

„Der bleibt nicht aus“, versicherte der Angeredete, „Sie sollten nur sehen, wie der Feuer und Flamme für unser Unternehmen ist!“

„Dopo besser“, lächelte Spiegel, sich vergnügt die Hände

reibend, aber ich muß jetzt fort.“ setzte er laut hinzu. „Meine Herren, ehe ich mich von Ihnen verabschiede, möchte ich Sie noch sämtlich auf Dienstag abend, wenn Sie nichts Besseres vorhaben, nur zu einem Butterbrot bei mir einladen. Werde ich das Vergnügen haben, Sie bei mir zu sehen? Sie auch, lieber Kapitän, ich rechne fest darauf, daß Sie kommen. Schön, das freut mich herzlich, also auf Wiedersehen! Guten Abend, lieber Pich!“

„Butterbrot“, sagte der Kapitän, als sich die Tür hinter Doktor Spiegel schloß, „das ist der einzige Fall im menschlichen Leben, wenn man „nur auf ein Butterbrot“ eingeladen wird, wo die Menschen gewöhnlich mehr halten, als sie versprechen.“

XXII.

Die arme Witwe.

Die Dämmerung brach schon an, als Frau Hohburg oder „die arme Witwe“, wie sie die Nachbarn gewöhnlich kurzweg nannten, ihren Heimweg nach der eigenen ärmlichen Wohnung einschlug. Sie hatte ihr kleines Mädchen an der Hand und ging still und lautlos die breite staubige Straße entlang, welche eine Strecke weit zwischen hohen Fenzeln hin und zuletzt durch einen kleinen, ziemlich offenen Busch führte. An dessen anderer Seite stand die Hütte, und wurde dort wieder von einem großen, wohl umzäunten und einem reichen englischen Landbesitzer gehörigen Felde begrenzt.

„Warum bist Du nur so traurig heut Abend?“ sagte die Kleine, als sie sich dem Hause näherten, und ein hier im Busch weit fühlbarer werdendes Dunkel das Kind wohl mehr beängstigte, weil die Mutter gar kein Wort diesen Abend mit ihm sprach.

„Bin ich traurig, mein Lieschen?“ entgegnete Frau Hohburg freundlich den Kopf der Kleinen streichelnd.

„Du redest gar nicht, bist Du böse auf mich?“ frug schüchtern die Kleine.

„Die Mutter bog sich nieder und küßte das Kind.

„Nein, mein Herzchen, gewiß nicht. Du bist so brav und artig, weshalb sollte ich da böse auf Dich sein!“

„Dann denkst Du wohl wieder an den Vater, Mama?“

Die Frau antwortete nicht, sagte ihres Kindes Hand und schritt rascher als bisher der kleinen Wohnung zu, deren Tür sie aufschloß und den innern fahlen und traurigen Raum betrat.

Daria angekommen, zündete sie ein auf einem ordinären

Blechleuchter steckendes Talglöckchen an, und nahm dann aus ihrer Tasche eine von Bischofs mitgebrachte Flasche Milch, um für sich und die Tochter das Abendbrot zu bereiten. Das war bald geschehen, die Milch wurde in zwei Blechbecher ausgegossen, aus einem alten Koffer, der in der Ecke stand und zum Kleiderschrank nicht minder als zur Vorratskammer diente, nahm sie ein Brot, schnitt davon ab, und verzehrte dann mit der Kleinen das frugale Mahl.

Es war eine ärmliche Heimat, in der die beiden saßen, und doch hatte die sorgende Frau selbst diesen Aufenthalt so wohlthätig einzurichten gewußt als irgend möglich.

In der einen Ecke stand ein aus rohen Holzplanken aufgeschlagenes Bett mit einer harten, voll Seegras gestopften Matratze und einer wollenen Decke, aber der Überzug des Bettes war schneeweiß, wenn auch an vielen Stellen schon ausgebleicht. Fast unheimlich stach aber gegen dieses ärmliche Lager ein reich gesticktes, mit Samt überzogenes, freilich auch schon stark benutztes Rückentissen ab, das jetzt dem Kind zum Kopfkissen diente, und erinnerte, mit der feinen Damastverzierete, die für das Stück Schwarzbrod und den Blechbecher mit Milch auf dem rauhen wackeligen Tische ausgebreitet lag, an bessere, glücklichere Zeiten. Auch vor dem kleinen Fenster hing etwas, das in den Raum sonst nicht passen wollte: eine gestickte Gardine, aber sie war schon so oft gewaschen worden, daß sie an vielen Stellen nur eben noch dürrig zusammenhielt. Überhaupt herrschte die größte Keuschheit in dem kleinen Gemach, der Boden, obgleich nackt und ohne Dielen, war sauber gefegt und mit Flusssand sorgfältig bestreut, das wenige Blechgeschloß spiegelblank, und was der Busch an Blumen lieferte, hatte die Hand der armen Frau gepflückt und damit den einsamen Aufenthalt geschmückt. Nur die Wände zeigten, daß ein Mann da fehlte, um sie in Ordnung und Stand zu erhalten. Der Kalk, mit dem die gespaltenen Stämme bemorfen gewesen, war an vielen Stellen heruntergefallen, und die Luft zog kalt durch die dadurch entstandenen Lücken. Auch dem Dache fehlte Hilfe, denn bei starkem Regen schlug das Wasser an mancher Stelle durch und sammelte sich im Innern in kleine Pfützen.

Für ein Jägerlager im Walde wäre der kleine, nur halb gegen Wind und Wetter geschützte Raum allenfalls genügend gewesen, für die Frau mit dem Kinde war es ein trauriger, trostloser Aufenthalt.

(Fortsetzung folgt.)

ständig denkenden Vertreter des Proletariats zu wichtigen Entscheidungen zusammenzuberufen. Gleichberechtigung, aber keine Vorrechte für die Frauen. Der Parteivorstand ist den Frauen zart entgegen gekommen. Auch die Forderung sei unannehmbar, daß die Männer ihre Frauen der Organisation zuführen sollten. Das sei ja eine Nichtachtung der Frauen, als ob sie nur von ihrem Manne kommandiert werden. (Weiterkeit.)

Lipinski-Leipzig: Ich bin prinzipiell mit v. Elm einverstanden, praktisch werde ich aber dem Vorstandsantrag zustimmen, weil er den Übergang zum neuen Organisationszustand vermittelt. Nur die Bestimmung ist unannehmbar, daß unter allen Umständen weibliche Mitglieder in den Vorstand aufgenommen werden müssen. Das ist in den großen Landkreisen einfach unmöglich; so viel auch für die Agitation arbeitstüchtige Frauen haben wir noch nicht.

Luisa Zieg-Hamburg: Ich wundere mich, daß Genosse v. Elm, der an allen Vorberatungen teilgenommen hat, plötzlich einen ganz neuen Organisationsentwurf vorlegt. Auch der Widerspruch gegen das weibliche Vorstandsmitglied ist mir unverständlich. Sie ist nichts weiter als die Fortsetzung der bisherigen weiblichen Vertrauensperson, deren Wahl auch obligatorisch vorgeschrieben war. Organisationsvorschriften müssen eben zwingend sein. Das weibliche Vorstandsmitglied soll keine Ehrenposten haben, sondern eine ernste Arbeitspflicht. Sie muß in erster Linie die Agitation unter den Frauen leiten, die praktisch angefaßt werden muß bei den Interessen der Frau als Arbeiterin, Mutter und Hausfrau. Wo keine geeigneten organisierten Frauen sind, können natürlich auch keine in den Vorstand gewählt werden. Aber tun Sie doch nicht so, auch die Frauenbewegung wird die Schwierigkeiten des Anfangs überwinden, genau wie die Männerbewegung sie überwunden hat. Elm warnte vor den Streitigkeiten, die durch besondere Bildungsvereine der Frauen entstehen könnten. Aber Ihr Männer habt Euch doch auch oft genug an den Haaren. (Stkt.) Vielleicht hat nur Gen. v. Elm mit den Frauen zu schlechte Erfahrungen gemacht. (Gr. Stkt.) Die Verpflichtung der Genossen, ihre Familienangehörigen den Gewerkschaften zuzuführen, hat auf dem Gewerkschaftsfongress Elm nicht beanstandet. Er weiß genau, was wir meinen: Die Männer sollen nicht so maußfaul sein, (Stkt.) sondern etwas für die Aufklärung der Frauen tun, auch innerhalb der Familie. Auch den Fortbestand der Frauenkonferenzen halte ich für notwendig. Der Parteivorstand wird sie schon einberufen müssen. Geben Sie den Frauen möglichst viel Betätigungsfeld, damit wir alle gemeinsam den Kampf gegen den gemeinsamen Feind führen. (Lebh. Beifall.)

Hoffmann-Hamburg: Trotz der begeisterten Ausführungen der Genossin von Zieg (Weiterkeit) bitte ich Sie, den Antrag Elm anzunehmen. Die Frauen müssen sich jetzt einfach in den Rahmen der Parteiorganisation einfügen. Auch besondere Frauenkonferenzen halte ich nicht für notwendig. Zeigen Sie nicht so viel Mißtrauen gegen den guten Willen der Parteigenossen. Wir in Hamburg haben wie in anderen Großstädten tüchtige Frauen auch in der Organisation gern anerkannt.

Haberland-Barmen: Ich bin im Gegensatz zu Elm entschieden dafür, die Frauen so viel wie möglich zur inneren Organisation hinzuziehen. Die Argumente gegen die weiblichen Vorstandsmitglieder scheinen mir doch von der Anschauung auszugehen, daß der Mann an sich klüger ist. Nur die Fortexistenz der besonderen Bildungsvereine halte ich nicht für notwendig. Aber ich erwarte von der Loyalität der Genossinnen, daß sie wenigstens keine neuen Bildungsvereine gründen.

Schreck-Vielefeld: Ich glaube, daß es sich empfiehlt, das Bequemlichkeitsgefühl der Männer durch eine Zwangsverschritt zu gunsten der Frauen zu überwinden.

Lipinski-Leipzig: Die Resolution des Parteivorstandes ist nur auf Breiten berechnet, bei uns in Sachsen sind die gemeinsamen Organisationen längst Tatsache. Deshalb paßt diese Übergangsvorstellung für uns nicht. Meiner Meinung nach genügt es auch, wenn ein weibliches Mitglied dem Parteivorstand angehört.

Siebert-Altona: Was in Hamburg und Leipzig schon durchgeführt ist, warum will man das durchaus nicht auf ganz Deutschland ausdehnen?

Frau Wacziarg-Dresden: Besondere Diskussionsabende und Frauenkonferenzen haben für die Genossinnen einen außerordentlich hohen Wert. Aber im übrigen sind die Differenzen sachlich nicht so groß und ich halte eine einheitliche Resolution wohl für möglich.

v. Elm-Hamburg: Der Vorschlag, daß überall Frauen in die Vorstände gewählt werden müssen, ist praktisch unmöglich. Mein Antrag gibt den Frauen sachlich alles, was sie verlangen, nur in gemildeter Form. Mein Wahlkreis hat relativ den höchsten Prozentsatz organisierter Frauen in ganz Deutschland. Also werde ich doch die Frauenorganisation nicht hemmen wollen. Aber gemeinsam und gleichberechtigt mit den Männern müssen die Frauen im Rahmen des Möglichen die Organisation fördern. Auf der Frauenkonferenz hat man gesagt: Wir Frauen sind die geborenen Terroristen. Wir scheinen, jetzt wollen sie den Parteitag terrorisieren. Wir haben allen Grund uns gegen die Herrschaft des Pantoffels zu sträuben. (Gr. Stkt.) Ein Schlusstrang wird angenommen.

Wolff-Singer teilt einen Protest Clara Zeitins und Brunwalds gegen die Erklärung Maurenbrechers mit. Der Artikel sei durchaus richtig zitiert worden, und die „Dilse“ falle ohne weiteres unter die Dresdener Resolution.

Das Schlusswort erhält Parteisekretär Müller: über die Inserate in den Partei- und Agitationskalendern korrespondieren wir mit den Parteigenossen schon seit langer Zeit. Möglichst viel sollen sie jedenfalls wegbleiben. Eine Ausdehnung der Tätigkeit des Pressebureaus ist erst nach der ersten Verteilung der Kosten möglich. Den bestehenden Korrespondenzbureaus soll eine Konkurrenz möglichst nicht gemacht werden. Das Programm der Parteischule auf die Geschichte der Sozialdemokratie auszuweiten, halte auch ich für notwendig. Daß der Lehrstoff zu hoch ist, oder die Parteischüler hochmütig werden, kann ich nicht zugeben. Der Parteivorstand wird der Parteischule auch in Zukunft sein regstes Interesse zuwenden. Gegen beratende Konferenzen mit den Parteisekretären haben wir nicht das mindeste einzuwenden. Wir werden alles tun, um eine recht enge Fühlung mit den provinziellen und lokalen Organisationen herbeizuführen. In der Debatte über die Frauenorganisation ist viel zu wenig beachtet worden, daß es sich nur um Übergangsvorschriften für ein Jahr handelt. In Konsequenz der ganzen zukünftigen Organisation wird das Delegationsrecht der Frauen besonders natürlich geändert werden. Aber die Debatte mit den feinen Unterscheidungen zwischen Muß, Kann- und Sollvorschriften machte mich schon schaudern vor den juristischen Parteidiskussionen des nächsten Jahres bei Revision des Gesamtstatuts. Daß die Vertreterin der Frauen zum Parteivorstand vom Parteitag gewählt wird, habe ich schon ausdrücklich festgestellt. Eine besondere Verpflichtung der Genossen, ihre Frauen aufzuklären, brauchen wir nicht auszusprechen, das versteht sich von selbst. Denn wir haben alles zu tun, um eine große einheitliche deutsche Sozialdemokratie zu schaffen. (Beifall.) Parteisekretär Siebert: Wir haben unsere Resolution abschließend auf die Freie Vereinigung der Gewerkschaften be-

schränkt. Wir sind aber damit einverstanden, daß sie auf alle Neugründungen und alle lokalen Gewerkschaften ausgedehnt wird, die sich dem Essener Beschlusse nicht fügen. Nur der Solinger Industrieverband bleibt vorläufig ausgenommen.

Sekretär des Bildungsausschusses Heinrich Schulz: Eine Erweiterung des Lehrplans der Parteischule auf die Geschichte des Sozialismus erscheint auch uns erwünscht. Aber bisher wuchs uns kein Kornfeld in der flachen Hand. Was da die Gen. Luxemburg verlangt hat, ist etwas ganz anderes als der ewige Geschichtsunterricht Maurenbrechers, der die Biographien Bismarcks, Napoleons und Friedrichs des Großen bringt und dadurch nur zur Heroenverehrung führt. Die Parteischule hat ihre Schüler nicht arrogant gemacht, sondern zur richtigen Bescheidenheit erzogen. Die beiden Parteischüler, die hier gesprochen haben, haben ihre gute Sache nicht unbescheiden, sondern lediglich temperamentvoll und unverblümt verfochten. (Eisner ruft: Unverschämte!) Das zeigt nur, daß wir uns überhaupt nur noch schwer verständigen. Ihre Anschauungen energisch zu verfechten, ist das Recht auch der Parteigenossen, die die Parteischule besucht haben. Aber neben der Ehrfurcht vor der Wissenschaft muß auch die Erkenntnis stehen, daß nicht alle dicken Wälzer Wissenschaft sind und daß die Wissenschaft oft zur Dürre des Kapitalismus wird. (Sehr wahr!) Eisner hat mit Behagen einen Auspruch von Marx über die Wirkköpfigkeit der Arbeiter zitiert. Aber Marx hat dieses Wort durch sein ganzes Leben widerlegt. Eisner und Maurenbrecher aber wollen den Arbeitern die Theorie, die Marx sie gelehrt hat, gänzlich vorenthalten. Die Theorie soll nichts für die Masse sein. Die „bürgerliche Wissenschaft“, die die Volksschule den Arbeitern vorenthält, will Eisner den Arbeitern geben. (Eisner ruft: Sehr wahr! Sie lehren ja auch Bestialoziti!) Eisner steht eben der wissenschaftliche Sozialismus und die proletarische Weltanschauung. Eisner und Maurenbrecher sagen mit bürgerlichen Bildungsdustern wie Schöffe und Schmolzer: „Je gebildeter ein Volk ist, desto freier ist es“ oder „Volksbildung — ist Volksbefreiung“ oder gar „die sozialen Gegensätze sind doch im letzten Ende nur Bildungs- und Gegensätze“. Wir aber lehnen diese Bildungstheorie ab und beschränken uns konsequent auf die besondere Arbeiterbildung, die sozialistische Theorie und den historischen Sozialismus. Denn die Bildung des Proletariats soll seine Kraft und Aktionsfähigkeit, aber auch seine Zielklarheit im Gegenwartskampf erhöhen und festigen. Erst nach dem Siege des Proletariats kann es sich Bildung im weiteren Sinne erwerben. Also nicht durch Bildung zur Freiheit, sondern durch die Volksbefreiung zur wahren Volksbildung. (Lebhafte Beifall.)

Parteikassierer Gerisch: Ich betone nochmals die Notwendigkeit, den vollen Prozentsatz an die Partei abzuführen, und nicht irgendwelche Lokalschlüsse von vornherein abzuziehen. Der „Wahre Jakob“ sei allerdings verbesserungsbedürftig. Aber Wege lassen sich leider nicht durch Resolutionen herbeizubereiten. Wenn Genosse Lehmann einmal recht gute Einfälle habe, so möge er sie nur an den „Wahren Jakob“ einfinden. (Weiterkeit.) Die Parteiblätter, die Zuschüsse vom Parteivorstand forderten und erhielten, würden aufs sorgfältigste kontrolliert.

In der Abstimmung wird zunächst dem Vorstände Decharge erteilt.

Der Antrag Bloch: „Der Parteitag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht des Parteivorstandes über die Tätigkeit der Parteischule und erucht den Vorstand, die Parteischule in der bisherigen Richtung weiter auszubauen“ wird mit Mehrheit angenommen.

Die Resolution des Vorstandes betr. die Nichtzugehörigkeit der Lokalfreien Vereinigung und Wiesenthaler wird mit dem Zusatzantrag Stobbe, der sie ausdehnt auf die nicht anerkannten Lokalorganisationen, gleichfalls angenommen. Auch der Vorstandsentscheid betr. die Frauenorganisationen findet unter Ablehnung der Urträge Elm und Lipinski Annahme. Dazu wird auch ein Antrag der Frauenkonferenz in folgender Form angenommen: „Nachdem die gegläubten Schranken gefallen sind, die bisher in den einzelnen Bundesstaaten die Frauen hinderten, den politischen Organisationen beizutreten, wird es den Parteigenossen zur Aufgabe gemacht, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit sie Mitglieder der Partei werden!“

Damit sind Punkt 1 und 2 der Tagesordnung (außer der Jugendorganisation) erledigt. Es folgt der parlamentarische Bericht. Die Frage der Budgetbewilligung wird gesondert behandelt. Den Bericht erstattet

Sichhorn-Pforzheim: Eine Kritik an der Tätigkeit der Reichstagsfraktion ist mir nicht zu Gesicht gekommen, abgesehen von der Kritik des Genossen Eisner. Ich kann mich daher im Hinblick auf den ausführlichen schriftlichen Bericht kurz fassen. Die parlamentarische Situation ist unverändert. Der Bloch besteht weiter und macht seine forumpierende Wirkung immer schärfer offenbar. Die Fortführung der Blochpolitik ist nur möglich gewesen auf Kosten des Liberalismus, der bürgerlichen Oppositionspolitik. Die Szenen, die wir mit den Liberalen im Reichstage erlebt haben, erregten geradezu oft physischen Ekel und man mußte sich oft fragen, ob es möglich sei, mit Leuten, die derartig sich politisch wegwerfen, noch persönliche Beziehungen zu unterhalten. Da war keine Spur von Grundsätzen mehr, keine Spur von Selbstachtung, nur die Angst um die Erhaltung des Blochs. Ich erinnere nur an die lächerliche Versöhnungskomödie vom Dezember v. J. Die Freisinnigen werden noch weiter gehen und auch die neuen indirekten Steuern bewilligen. Nur das Gnadenrecht der Scheinmitwirkung an der Regierungsmehrheit, das werden sie nicht aufgeben. Diese Verlotterung des Liberalismus ist ein warnendes Beispiel für die, die durch diplomatisches Verhalten und staatsmännische Schachzüge vorwärts kommen wollen. Wir können nicht durch diplomatische Sirenengesänge die Regierung und die Gegner überlisten, sondern müssen ihnen die Konzessionen abtrotzen. Die Fraktion glaubt, in den schwierigen Verhältnissen ihre volle Schuldbigkeit getan zu haben. Eisner hat unrecht, wenn er behauptet, daß wir nicht scharf genug gegen das Vereinsgesetz vorgegangen wären. Die Obstruktion haben wir allerdings nicht für zweckmäßig gehalten. Wir sind auch während der Parlamentssession ständig in engster Beziehung mit dem Volke und unseren Wählern geblieben. (Bravo!)

In der Diskussion begründet Witte-Berlin einen Antrag von Berlin II, daß die Fraktion im Reichstage erneut gegen die Konkurrenz der Militärmusiker gegen die Zivilmusiker vorgehen möge.

Vogel-Fürth empfiehlt einen Antrag Rothenburg a. L., der von der Fraktion die Einbringung eines Antrages im Reichstage wünscht, der eine anderweitige Anordnung über die Regelung des ortsüblichen Tagelohns bringt. Dieser werde jetzt zum Schaden der Arbeiter viel zu niedrig und nicht entsprechend den verteuerten Lebensbedingungen festgesetzt.

Gräpion-Göbing begründet einen Antrag seines Wahlkreises, die Reichstagsfraktion möge energisch auf die Einführung der Krankenversicherung der Landarbeiter hinarbeiten.

Mollenhuth-Berlin und Stolten-Hamburg sprechen für einen Antrag Hamburg III-Gilbeck, der gegen eine Sonderversicherung der Privatangestellten protestiert und eine allgemeine staatliche Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung aller Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung verlangt. Sie weisen darauf hin, daß die Sonderversicherung sowohl die Privatbeamten wie die invaliden-versicherten Arbeiter schwer schädigen würde.

Rolfenfeld-Berlin: Ich freue mich, daß die Fraktion alle Diplomatiererei gegenüber den Blochparteien abgelegt und rücksichtslos die Interessen der Arbeiter gewahrt hat. Auch das Ausnahmegesetz gegen die Jugendlichen im Reichvereinsgesetz hat die Fraktion entschieden bekämpft. Aber jetzt schreibt plötzlich Genosse Heine in den „Soz. Monatsheften“, man brauche die Wirkung dieses Verbots nicht tragisch zu nehmen. Das schlägt dem Verhalten der Fraktion ins Gesicht und ist eine Rechtfertigung des Vorgehens der Blochparteien.

Gwald-Berlin: Wir wollen gern für die Zivilmuster eintreten, aber die Zivilmuster sollen dann auch ihre Parteipflichten erfüllen und bei bürgerlichen Festen nicht unter ihrem Tarif spielen.

Damit schließt die Debatte. In seinem Schlusswort führt der Referent Eichhorn aus, daß die Fraktion gern mehr Anträge zu Verhandlung gebracht hätte, aber die saloppe Arbeit und die unwürdige Durchpeitschung aller Vorlagen im Reichstage werden durch die Blochmehrheit erzwingen. Schwerenstage werden immer fetter abgehalten. Der Bloch gehe nach Erledigung der Regierungsgeschäfte möglichst reich nach Hause, um Konfliktgelegenheiten zu vermeiden. — Ob die Vorwürfe gegen Heine berechtigt seien, wisse er nicht, da er die „Monatshefte“ nicht lese. (Weiterkeit.) Im Reichstage habe Heine jedenfalls beim Reichvereinsgesetz keinerlei Anlaß zu Ausstellungen gegeben. Um so bedauerlicher wäre es, wenn er hinterher an anderer Stelle, wo scharfe Vertretung unserer Grundsätze vielleicht nicht beliebt sei, sich entgegenkommender und konzilianter ausgedrückt hätte. Aber er wisse das nicht und könne nur bedauern, daß er nicht das Wort ergriffen hätte.

Alle Anträge werden der Fraktion zur Erwägung überwiesen. — Damit schließt die Vormittagsitzung. Am Nachmittag kommt zunächst der Punkt „Mafseier“ zur Verhandlung.

Vorläufiger Schlußbericht.

In der Nachmittagsitzung wurde die Frage der Mafseier diskutiert. Genosse Richard Fischer als Referent sprach sich für das Abkommen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission aus. In der lebhaften Debatte erklärten sich die meisten Redner, zum Teil mit großer Schärfe, dagegen. Schließlich wurde seitens des Parteitages der Abzug der Vereinbarung, der die Unterstützung der Frage regelt, abgelehnt. Damit ist die ganze Vereinbarung gescheitert. Beifolgend wurde, daß alle Genossen, die am 1. Mai arbeiten, den vollen Arbeitsertrag an die Parteikasse abführen sollen.

Soziales und Parteileben.

Nationales Genossenschaftentum. In Bonn existieren zwei lokale Gastwirtsgehilfenvereine, „Gasteria“ und der Verein ansässiger Kellner. Diesen beiden Vereinen, im Bunde mit den „Herren“ vom „Genfer Verband“ und dem „Deutschen Kellnerbund“, sind die Mitglieder des Gastwirtsgehilfenverbandes längst ein Dorn im Auge. Sie haben eine „Entente cordiale“ abgeschlossen, um die bösen „Sozi“ aus Bonn zu vertreiben und ihnen die Arbeit wegzunehmen. Da dies aber gerade für den Verein „Gasteria“ sehr schwer ist (ein Teil seiner Mitglieder darf wegen seiner allzugroßen „Ehrlichkeit“ nicht mehr in den meisten Häusern Bonn arbeiten), so verlegten sie sich aufs Denunzieren. Dieses Vorgehen entspricht ja auch der in den angegliederten Vereinen herrschenden Gesinnung. Der Verband der Gastwirtsgehilfen hatte schon längere Zeit ein städtisches Stablisement allmonatlich mit Ausschüßfellen zu versehen. Der Pächter dieses Hauses war wohl auch stets vollständig mit den nach dort gesandten Leuten zufrieden. Dies wurmte die famosen Bundesbrüder und sie setzten flugs, da der betreffende Pächter auf ihre Anpassungen scheinbar nicht reagierte, ein Schreiben an den Bürgermeister auf, worin diesem mitgeteilt wurde, daß in dem betreffenden Hause das fürchterlichste geschähe, was sich ein königstreuer Gasterianer usw. (?) denken kann. Dieser Brief lautet wörtlich:

Nationaler Gastwirtsgehilfen-Ausschuß für Bonn und Umgegend.

Verein ansässiger Kellner, Deutscher Kellnerbund, Genfer Verband, Kellnerverein Gasteria.

Herrn Bürgermeister Goeren, Hochwohlgeboren Remagen.

Die Endesunterzeichneten erlauben sich, bei Ew. Hochwohlgeboren mit folgendem Gesuche ganz ergebenst vorstellig zu werden.

Ew. Hochwohlgeboren zur gefälligen Kenntnisnahme, daß in der städtischen Restauration... Mitglieder vom sozialdemokratischen Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Berlin), Ortsverwaltung Bonn, Kreuzstraße Nr. 9, als Kellner beschäftigt werden.

Die unterzeichneten Vereine, welche alle, ohne Ausnahme, laut Statuten nur nationale Gesinnung pflegen, und bei denen sozialdemokratische Tendenzen ausgeschlossen sind, bitten Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenst, gefl. dahin wirken zu wollen, daß dem in Frage stehenden Wirt angezeigt wird, daß Kellner vom obengenannten Verbände nicht mehr beschäftigt werden.

In der Erwartung, daß die angeführten Punkte Ew. Hochwohlgeboren Zustimmung finden werden, bitten wir Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenst um gefl. Rücksäußerung.

Hochachtungsvoll ergebenst
Nationaler Gastwirtsgehilfen-Ausschuß, Bonn, Sternstr. 55.
Wie der Herr Bürgermeister über dieses Schmierwerk dachte, ist zwar unbekannt, jedoch überfandte er dasselbe genanntem Inhaber, der aber in richtiger Würdigung der Sachlage äußerte, daß er den betr. Herren Denunzianten schon die gebührende Abfuhr zuteil werden lassen würde.

Das Verhalten der Behörden und der Unternehmer bei Streiks wird wieder illustriert durch Vorkommnisse bei dem Streit der Steigutfabrikarbeiter in Neuförnewitz. Die Arbeitswilligen provozieren die Streikposten in der unzufriedensten Weise. Als kürzlich bei einer solchen Gelegenheit an den in nächster Nähe stehenden Gendarm die Frage gerichtet wurde, ob er denn nicht eingreifen wolle, entgegnete dieser gleichmütig: „Stell' Euch doch nicht her!“ Ein anderer Sicherheitsbeamter äußerte einem auf Streikposten stehenden Arbeiter gegenüber, daß er dafür sorgen wolle, daß die beim Glasarbeiterstreik getroffenen Maßnahmen: Beschränkung des Streikpostenstehens, Beschränkung der Polizeistunde in den von den Streitenden frequentierten Restaurants auch bei diesem Lohnkampf wieder angeordnet werden. Dabei ist das Verhalten der Streitenden musterhaft und nicht der geringste Anlaß zu einem behördlichen Einschreiten fand sich. Der Direktor der Steigutfabrik, derselbe, der kürzlich wieder Lehrlinge ohrfeigte, die bei ihm vorstellig wurden, weil sie

nichts bei den Arbeitswilligen lernen konnten. Scheint seine „Bildung“ auch bei anderen Gelegenheiten leuchten zu lassen. Verschiedene Streikposten, die ihn bei einer Begegnung grüßten, schnauzte er an: Sie brauchen mich nicht zu grüßen, ich danke Ihnen ja doch nicht! Was sagt zu solchen Vorkommnissen die bürgerliche Presse, die nie genug über den Terrorismus und die Umbildung der organisierten Arbeiter zeteren kann?

Eine feine Charakterisierung der Hirsch-Dunkerschen gibt der Fabrikinspektionsbericht der Sächsischen Gewerbe- und Aufsichtsbeamten für 1907. Dort heißt es auf Seite 131, wo von dem Streik bei der Firma Seidel & Naumann die Rede ist, u. a.: „Die Fabrikleitung vermochte mit Hilfe der verbliebenen Arbeiter, die teilweise der freien Vereinigung Deutscher Metallarbeiter, teilweise dem Hirsch-Dunkerschen Gewerkverein angehörten oder überhaupt nicht organisiert waren, den Betrieb aufrecht zu erhalten“. Auf Seite 132 werden die selben Charakteristika und dann gesagt: „Ähnliche Ziele verfolgt der Hirsch-Dunkersche Gewerkverein, der in Dresden ebenfalls einen Ortsverein besitzt und seinen 850 Mitgliedern Arbeit vermittelt.“ Sie sind also erkannt, selbst von den Gewerbeaufsichtsbeamten, die Herren „Hirsche“. Für einen Kundigen ist diese Charakterisierung der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften übrigens nichts Neues. In Waldenburg feierten sie ja jetzt eine Art Verbrüderungsfest.

Ein Erfolg bei der Krankenkassenwahl. Bei der am Sonnabend, den 12. ds. Mts., in Witten stattgefundenen Wahl der Vertreter zur allgemeinen Ortskrankenkasse siegten die freien Gewerkschaften mit 533 Stimmen gegen die Kandidaten der Wertpartei, auf die 429 Stimmen entfielen. Die am 1. Juni getätigte Wahl war auf Seiten der Arbeitgeber für ungültig erklärt worden. Damals wurden für die freien Gewerkschaften 207 und für die Wertpartei 154 Stimmen abgegeben.

Herr Meyer vom Leipziger „Feierabend“ und die Parteipresse. Herr Meyer von dem bekannten Versicherungsblättern „Nach Feierabend“ in Leipzig hatte gegen 3 unserer Parteiblätter Klage erhoben, die am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Leipzig zur Verhandlung stand. Die Klage gegen den Genossen Bitter von der Breslauer Volksmacht fiel aus, da der Vertreter des Klägers Meyer nicht rechtzeitig erschienen war. Der Genosse Mehlisch vom Stettiner Volksboten und der Genosse Mollenbohr von der Elberfelder „Freien Presse“, die beide in den von ihnen verantwortlichen gezeichneten Blättern das bekannte „Wohltätigkeitsunternehmen“ des Herrn Meyer gebührend gekennzeichnet hatten, wurden wegen formaler Beleidigung zu Geldstrafe und zwar Mehlisch zu 60 Mark und Mollenbohr zu 30 Mk. verurteilt.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein Soldatenschinder. Das Kriegsgericht der 35. Division verurteilte den Sergeanten Klein vom 71. Feldartillerie-Regiment in Graudenz wegen Mißhandlung Untergebener in 62 Fällen zu vier Monaten Gefängnis und Degradation.

Aus Nah und Fern.

Neuer Skandalprozess in Sicht? Ein slowonischer „Student“, Strafo Krugugemics, befindet sich in Budapest verschiedener Straftaten halber in Haft. Er steht unter dem Verdacht, in Berlin einen Kaufmann Engel ermordet zu haben. Zum Verhör ist der Berliner Kriminalkommissar Nasse nach Budapest gereist. Wie bürgerliche Blätter sich aus Budapest melden lassen, steht fest, daß der Verhaftete viel in homöopathischen Kreisen verkehrt ist. Besonders aus Deutschland hat er viele Briefe von Aristokraten und Offizieren erhalten. Verschiedene Offiziere in Berlin und Heidelberg besuchten, dem Verhafteten Geld gegeben zu haben. Die Liste der kompromittierenden Offiziere ist in den Händen der Polizei.

Mord. Die Polizei in Magdeburg erhielt von dem in Magdeburg wohnhaften Abbruchunternehmer Emil Wolf eine Postkarte aus Wolmirstedt, er habe seine Frau erschossen und nehme sich selbst das Leben. Die Polizei fand die Frau erschossen auf; von Wolfs Verbleib ist nichts bekannt.

Seine Frau getötet. Nach einer Meldung aus Rathenow hat Sonntagabend in Mennhagen (Kreis West-Pommern) der Tagelöhner Paul Steinbock seine Ehefrau nach vorausgegangenem Streit durch Fußtritte getötet. Der Mörder wurde verhaftet.

Blutige Schlägerei. Bei einer Schlägerei in Köln zwischen einer Anzahl halbwüchsiger Burichen fuhr geteilt unterhalb des Köln-Deutzer Personenbahnhofes eine Lokomotive der Westbahn in die kämpfenden Burichen hinein. Einer wurde sofort getötet, drei wurden verletzt.

Ein Dorfraub. Aus Kormern wird dem „B. L.“ geschrieben: Ich das Geld in diesen Zeiten doch noch gewogen wird, weil es nicht gezählt werden kann, dieser seltene Fall hat sich in Kemmin (Pommern) zugetragen. Vor dem Amtsgerichte in Demmin fuhr dieser Tage ein Wagen aus Mischow vor. Der Gemeindevorsteher Siark und der Schlagtermeister Jiemssen hoben einen Sack mit 47 Pfund Geld heraus und legten ihn dem erkrankten Amtsrichter auf den Tisch des Hauses mit den Worten: „Das ist der bare Nachlaß des verstorbenen Gastwirts und Kaufmannes Johann Briepke.“ Sie erzählten, man habe Briepke am Tage vorher in seinem Schlafzimmer tot aufgefunden inmitten seiner Reichtümer. Die Leiche habe, mit einem Flanellhemd angezogen, in einer eisernen Bettstille zwischen Betten ohne Wäsche und Bezüge gelegen. Anscheinend sei der Tote bei seiner Lieblingsbeschäftigung, der Besichtigung seiner Reichtümer, vom Tode überreichlich worden, so daß er kaum noch das Lager erreichen konnte. Das Schlafzimmer, die Schlagkammer des alten Jungesellen, war mit Dokumenten, Wertpapieren, Spartassenbüchern, Papiergeld und einer Unmenge baren Geldes vollgepackt. Dabei lag in jedem der Behälter — Streichholzschachtel, Zigarrenkiste, Kiste und Beutel — immer ein auffälliger Gegenstand, eine Spielkarte, ein Bild, ein Knopf und dergleichen, so daß es allgemein hieß, das Geld sei „beherzt“. Gemeindevorsteher und Schlagtermeister begannen zunächst, die Münzen, die teilweise schon aneinandergelieben, zu zählen. Als sie aber bis 11 000 Mark gekommen waren, hielten sie vor Ergrüpfung inne, kehrten alles zusammen in einen Sack und wogen es. Die Hypothekendokumente über 60 000 Mark fielen allein einen ganzen Nachschob. Mit dem Bargeld verwies der Amtsrichter die Leute an die Sparkasse, wo die Beamten bis Mittag zu tun hatten, um diese seltsame Einlage aus Münzen aller Sorten zu ordnen. Im ganzen stellte sich der bare Nachlaß einschließlich der Hypotheken, auf etwa 130 000 Mark. Dazu kommen noch die Gastwirtschaft und Landwirtschaft, ein großes Warenlager, wahre Berge von Getreide und drei größere Grundstücke im Dorfe, so daß der ganze Nachlaß auf über 200 000 Mark steigt. Vorauswärtlich wird er ganz nach Amerika fliehen. Denn der Verstorbene

besaß nur eine Schwester, die vor Jahren nach Amerika auswanderte, und mit der er seit langer Zeit keine Verbindung mehr unterhielt. Der verstorbene Dorfnaob war früher Steinschläger.

Das wird jetzt helfen. In Grünberg i. Schl. hat der evangelische Gemeindevorstand den Beschluß gefaßt, daß die Namen derjenigen, die aus der Kirche austreten, von der Kanzel herab verkündet werden sollen.

Die Oper im drahtlosen Telephon. Aus Newyork ist der Erfinder des De Forest-Systems drahtloser Telephonie soeben in England eingetroffen; er hat einen vereinfachten Apparat seines Systems konstruiert, durch den jedermann in einer Entfernung von dreißig englischen Meilen von irgend einem Opernhaus den Gesang durch seinen Telephonapparat genießen können wird. Der Apparat wird so billig sein, daß die Anschaffung kein Opfer bedeutet; der Empfangsapparat kann mit einem Kostenaufwand von 60 Mark in'stalliert werden. Alles, was der Abonnent zu tun hätte, wäre die Errichtung einer Flaggenstange auf seinem Hause. Die Kosten des Telephonanschlusses an die Oper sollen nicht mehr als 4 Mark im Monat betragen. Die angefertigten praktischen Versuche haben vollauf befriedigt und bei dreißig englischen Meilen Entfernung den Klang der Stimme klar, voll und rein übermitteln.

Über die Verbreitung des Erdsessens hat ein österreichischer Gelehrter alle vorhandenen Nachrichten kritisch zusammengestellt und ist zu dem Ergebnis gelangt, daß der Genuß von Erde, dem eine ganze Reihe von Völkern huldigt, seine Ursache in der besonderen körperlichen oder geistigen Verfassung dieser Völker haben, also nicht als ethnologisches Moment aufzufassen ist. Der Brauch, Erde als Nahrungsmittel zu genießen, kommt auch noch jetzt in Deutschland vor: in den Sandsteingruben des Kyffhäuser und im Lüneburgerischen streichen sich die Arbeiter einen feinen Ton, die sogenannte Sandbutte, auf das Brot. In Steiermark und Sardinien wird gemahlene Lonerde wie andere Lebensmittel auf den Markt gebracht; im äußersten Norden Schwedens und auf der Halbinsel Kola wird Erde unter das Brot gebacken. Geradezu als Leckerbissen wird Erde in großen Mengen in Persien genossen; in tropischen Ländern, besonders Afrika und Amerika, ist die Sitte ganz allgemein bekannt. In Arabien wird eine bestimmte Erdart als Arzneimittel genossen. Für diese weiterverbreitete Gewohnheit des Erdsessens gibt es viele Ursachen; abgesehen davon, daß die Erde im Munde einen gewissen Wohlgeschmack erzeugen kann, ist sie häufig stark salzhaltig und muß als Ersatzmittel des Salzgenusses dienen. Eine Urtart ist das „pathologische Erdsessen“, das heißt die Notwendigkeit, im Verlauf verschiedener in den Tropen vorkommender Krankheiten Erde zu sich nehmen, wie zum Beispiel bei der durch den Farnschmarotzer hervorgerufenen Anämie. Auffällig ist die Häufigkeit des Erdsessens im kindlichen Lebensalter, namentlich bei Mädchen. Ursache sind die bekannten Gelüste der Bleichsüchtigen, die die Kinder veranlassen, an Griffler und Kreide zu kauen, Asche und Erde zu essen.

Übermals ein neuer Rekord. Aus Washington, 13. September, meldet der Telegraph: Dr. Wille Wright überbot heute von neuem den von ihm aufgestellten Rekord, indem er einen 74 Minuten 24 Sekunden dauernden Flug ausführte, wobei er eine Höhe von 250 Fuß erreichte. Einen zweiten Flug unternahm er mit einem Teilnehmer und blieb dabei 9 Minuten 6 Sekunden in der Luft.

Neue Waldbrände in Kanada. Aus Newyork, 12. September, wird berichtet: Aus der am Oberen See gelegenen Stadt North Huron in der kanadischen Provinz Ontario kommt die Meldung, daß die in der Nähe gelegenen Wälder aufs neue in weitem Umfange in Brand geraten sind. North Huron selbst und die in der Nähe gelegene Stadt Fort William sind bedroht. Die ganze Hundecapegegend steht in Flammen. Hunderte von Meilen sind die Wälder längs der Pazifischen Bahn vom Feuer ergriffen. Ebenfalls sind die riesigen Lager gefällter Stämme, die am Niagarafluß und am Stromfluß aufgestapelt sind, ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden beläuft sich auf viele Millionen.

Die Schrecken der amerikanischen Lynchjustiz schildert, antwortend an die jüngsten grausamen Rassenkämpfe von Springfield, Luigi Barzini im „Corriere della Sera“. Die blutigen Gewaltthaten gegen die Neger sind in diesem Jahre zahlreicher als je. Seit Januar nicht weniger als 96 schwarze Bürger der Vereinigten Staaten sind der blinden Grausamkeit des Volkes zum Opfer gefallen. Nur ein leiser Verdacht, eine heftig gemurmelte Anklage gegen einen Schwarzen, und das Volk eilt sich zu bewaffnen, verlangt die Auslieferung, und ein graufiges Schauspiel des Sterbens ist das Ende. Die Neger sind wehrlos. Sie stehen außerhalb des Gesetzes. Wenn es um einen Neger geht, so will der Böbel nicht allein Richter sein; auch Henker. „Ohne Zwischenfall“ vollzieht sich dann die Lynchjustiz. „The order was perfect“, kommentieren die Zeitungen, die die Nachricht als ein alltägliches Ereignis registrieren. Rasch und schnell findet der Rassenhaß seine Opfer. Meist dect die Nacht die Tat. Am Morgen finden die Frühwacher dann an irgend einem Baume den Leichnam hängen, die Grandjury tritt zusammen und unausweichlich kommt dann die Gerichts-erkennnis: die Schuldigen sind nicht zu ermitteln. Niemand hat sie gesehen, niemand hat sie erkannt. Wischweisen verlangt die Volkshantase eine Variation der Hinrichtung. Dann erhebt der Scheiterhaufen den Strang. Vor einigen Tagen erst wurde in Greenville in Texas ein Neger Leb Smith lebendig verbrannt. Mehr als 200 Frauen wohnten der Marter bei. Der Holzstoß war so hoch, daß der um 8 Uhr morgens angezündete Scheiterhaufen noch vier Stunden später in hohen Flammen aufloderte. „Aber der Nigger lebte nur sechs Minuten lang“, so berichtet lakonisch die Chronik. Vor zwei Tagen wurde eine ganze Negerfamilie in ihrem eigenen Hause lebendig verbrannt. Am letzten Sonntag wurde ein junger Neger gehängt, weil er einem weißen Mädchen zugeflüchelt hatte: „Ich möchte Ihr Bräutigam sein.“ Die Exekution fand gerade zur Kirchentunde statt; alles eilte aus der Kirche, Frauen, Männer, Kinder, und spazierten zur Richtstätte, um die letzten Facklungen des urteillos Hingemordeten nicht zu veräumen. In Tennessee wurde ein alter Neger aufgefunden, weil jemand gerufen hatte: „Der ist sicher ein Dieb.“ Es war ein im Dienst ergrauter treuer Diener eines Farmers. Und oft sind die Anfälle noch geringfügiger: Ein Neger läuft die Straße hinunter. Das ist verdächtig; man hält ihn an, man fragt die Menge ström zusammen, Gemurmel, Rufe, irgendwo schreit einer „Got the rop“, und das Schicksal des Unglücklichen ist entschieden. Aber das schlimmste ist, wenn das außersehene Opfer entkommt. Dann fühlt sich die Menge betrogen, hintergangen, sie wütet, und nun erhebt eine blutige Hinterschlag die entgangene Senation der Hinrichtung. Die Menge zeigt da bisweilen die wilde Grausamkeit des Raubtieres, das Blut gerochen. Alle animalischen Instinkte scheinen in der Erwartung eines Todesanklages sich zu entfesseln. Man holt die Blutunde, man hegt sie auf die Spur und nun beginnt die wilde Jagd. Wehe dem, der dem Treiben entgegengetreten will. Die betrogene Masse rächt sich. Wehe dem Neger, der dem Trupp begegnet. Aus der Jagd auf einen wird die Jagd auf viele, und oft bezeichnen dann brennende Häuser

und entstellte Leichname den Weg, den die Jäger genommen. Ein allgemeines Massacre ist das Ende. Damit begann auch der blutige Rassenkampf von Springfield. . .

Kunst und Wissenschaft.

Edmund Kretschmer. Der Komponist der vor Jahren viel aufgeführten Opern „Die Follinger“ und „Heinrich der Löwe“, Professor Edmund Kretschmer, ist am Sonntag, 78 Jahre alt, in Dresden gestorben. Kretschmer stammte aus einer Lehrerfamilie in der sächsischen Oberlausitz, studierte bei Julius Otto und Johann Schneider in Dresden, wurde dort Organist und später Hofkirchenkomponist, sowie Dirigent des Vokalchores an der katholischen Hofkirche. Daneben leitete er verschiedene Dresdener Vereine, u. a. auch längere Zeit den Lehrergesangverein, machte sich überhaupt um das Dresdener Musikleben sehr verdient. Als Komponist erfreute sich Kretschmer eines ausgezeichneten Namens. Außer geistlicher Musik schrieb er hauptsächlich wirkungsvolle Götterwerke mit Orchester, sowie eine Reihe Opern. Außer den beiden oben erwähnten Bühnenwerken seriösen Charakters fanden die romantische Oper „Schön-Rotbraut“ und die Spieloper „Der Fischling“ beifällige Aufnahme. Auch als Dichter hat Kretschmer sich versucht; vor einigen Jahren erschien ein Band „Gedichte“ aus seiner Feder.

Letzte Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 15. September. Der hiesige Magistrat beabsichtigt, die Wert zu wachen einzuführen. Zu ihrer Begründung hat der Magistrat in einer Aufstellung nachgewiesen, daß die Grundbesitzer, die sich stets als notleidend hinstellen, geradezu enorme Gewinne machen.

Berlin, 15. September. Die Finanzminister der Einzelstaaten werden am nächsten Freitag hier zu einer Konferenz sich versammeln. Es handelt sich um die Schlussberatung der Finanzreform.

Berlin, 15. September. Der 29-jährige Gastwirt Bayer vergiftete sein Kind durch Gas und erhängte sich in der Küche seines Lokals in der Friedrichstraße. Die Tat ist durch vollständig unbegründete Eifersucht veranlaßt worden.

Berlin, 15. September. Der Parseevalische Ballon stieg heute früh 8 Uhr zu einer zehnstündigen Probefahrt unter Führung des Hauptmanns Kehler auf und schlug den selben Weg ein, den das Militärballonflugzeug in der Nacht vom Freitag auf Sonnabend genommen hat, längs der Hamburger Bahn nach Stendal. Bald nach Abgang des Parseeval-Ballons stieg das Militärballonflugzeug auf und erschien gegen 11 Uhr vormittags über der Straße unter den Linden. Es führte eine Reihe Manöver gegen den Wind aus und nahm schließlich die Richtung gegen den Tegeler Schießplatz, wo es nach zweistündiger Fahrt landete.

Berlin, 15. Sept. Von Massenaustritten aus der sozialdemokratischen Partei meldet die bürgerliche Presse. Es handelt sich dabei um die anarcho-sozialistischen Elemente, die mit ihrem Austritt dem Ausschluß entgegen wollten.

Frankfurt a. M., 15. September. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Kalkutta: Sven Hed in ist in der Tracht eines tibetanischen Lamas in Simla eingetroffen. Er reist in zehn Tagen nach London.

Karlsruhe. Simplicissimus wegen eines Bildes aus dem Musterlande Baden konfiszirt. Daß der Eisenbahnstus Westler eines öffentlichen Hauses in Heidelberg ist, wurde von der Regierung im Landtag zugegeben.

Nachen, 15. September. Auf der an der holländischen Grenze bei Heerten gelegenen Grube „Laura“ sind heute morgen gegen 8 Uhr der Hauptkessel und drei kleinere Kessel explodiert. Nach bisher unbestätigten Nachrichten sollen dabei mehrere Menschen zu Schaden gekommen sein. Eine Meldung verzeichnet 3 Tote, 4 Schwerverletzte und 3 als noch unter den Trümmern liegend. Dagegen sollen nach einer anderen Meldung 9 Personen, diese allerdings schwer verletzt sein. Neuere Nachrichten über die Kesselexplosion auf der Grube „Laura“ bei Heerten besagen, daß 5 Personen getötet und 16 verletzt wurden, darunter 3 schwer.

Spredhsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Schlechte Zustände.

Der Radfahrweg vom Schlachthof bis zur Lübecker Grenze ist vor zwei Jahren neu angelegt und mit rotem Kies bestreut worden. Während dieser Zeit sind noch keine Reparaturen erfolgt. Jetzt ist diese Masse so scharf, daß das Radfahren fast unmöglich ist; viele benutzen bereits den Fußweg. Es wäre dringend notwendig, daß der Radfahrweg frisch bestreut wird. Das Geld dazu ist doch vorhanden. Die Überfahrt vor die Gastwirtschaft Wilhelmshöhe ist noch mit Rundsteinen gepflastert. Bei Regenwetter kann man nicht durch das Wasser und bei gutem Wetter kann man nicht durch die großen Löcher. Wer diesen Radfahrweg benutzt, der muß jeden Augenblick mit einem Kadruhr rechnen. Wer bezahlt denn die Kosten? Wir bitten dringend um Abhilfe. Mehrere Radfahrereuzähler.

Briefkasten.

Ein Nichtwissender. In unserer geistigen Briefkastennotiz ist leider ein Irrtum unterlaufen; im § 1301 des Bürgerlichen Gesetzbuches heißt es: „Unterbleibt die Eheschließung, so kann jeder Verlobte von dem anderen die Herausgabe dessenigen, was er ihm geschenkt oder zum Zeichen des Verlöbnisses gegeben hat, nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung fordern“. Die von uns gestern angezogenen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über Schenkungen sind demnach für Verlobte nicht maßgebend.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: F. H. Sch warz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Erschienen in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnen, inseriere im „Lübecker Volksboten“.